Erscheint wöchentlich 3 mal | Fernsprecher Amt Ohle 7645 | Vierundzwanzigster Jahrgang

Brockauer Zeitung

Zeitung für den Landkreis Breslau

Amtliches Publikations-Organ für die Gemeinde und den Amtsbezirk Brockau, sowie die Gemeinden Groß- und Klein-Tschansch

Druck und Verlag von Ernst Dodeck, Brockau. Expedition Bahnhofstraße 12. — Postscheck-Konto Breslau 10795. — Inserate finden die beste und weiteste Verbreitung.

Nr. 53 | Bezugspreis vom 3. — 9. Mai 30 Goldpfennige. Monatlich 1,25 Goldmark, bei der Post 1,30 Goldmark. 7 gesp. Millimeterzeile 6 Goldpfennig, Auswärts 8 Goldpfennig, Hellmittel 12 Goldpfennig. Industrieanzeigen 20 Goldpfennig. | Brockau. Sonntag, den 4. Mai | Verantwortlich für die Redaktion Ernst Dodeck, Brockau, Bahnhofstraße 12. Sprechstunde täglich von 9 bis 10 Uhr, außer Sonn- und Feiertags. Bei Streiks oder Betriebsstörung kann der Bezieher Ersatzansprüche nicht erheben. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. | 1924

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, den vollen Monat zu beziehen u. etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen. Bezugsänderungen werden nur bis 28. jedes Monats in unserer Expedition angenommen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutschen Mitglieder der Organisationsausschüsse für die Reparationsvorschläge sind entgegen französischen Meldungen noch nicht nach Paris abgereist.

* Der Vorstand des Wirtschaftsausschusses für das besetzte Gebiet hat sich für das Sachverständigengutachten als Verhandlungsunterlage ausgesprochen unter Geltendmachung der für Deutschland unerläßlichen Vorbehalte.

* Wie das Messeamt Köln mitteilt, wird außer dem Reichskanzler Marx auch Reichspräsident Ebert an der Eröffnung der ersten Kölner Messe (vom 11. bis 17. Mai) teilnehmen.

* Entgegen Londoner Meldungen wird amtlich erklärt, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, aus Anlaß der Antwortnote der alliierten Regierungen an die Reparationskommission zu Einzelheiten des Sachverständigengutachtens in einer neuen Note Stellung zu nehmen.

* Im englischen Unterhaus sagte Schatzkanzler Snowden, er hoffe, in dieser Session eine Gesetzesvorlage einzubringen, welche Pensionen für Mütter mit Kindern vorsehe.

* Japan hat seine Beteiligung an der deutschen Währungsbank mit 500 000 Pfund zugesagt.

* Die Verhandlungen über die Staatsangehörigkeit in den Grenzgebieten haben zwischen den deutschen und polnischen Vertretern in Wien begonnen.

* Frankreich bemüht sich um ein Bündnis mit Japan als sogenanntes Gegengewicht gegen ein eventuelles deutsch-russisches Bündnis.

* Die belgische Regierung hat mit dem Londoner Botschafter Rußlands in der Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau Fühlung genommen.

* Mussolini wird, bevor er sich am 18. Mai mit den belgischen Ministern trifft, am 16. Mai den Außenminister der Tschechoslowakei Dr. Benesch in Rom empfangen.

* Der amerikanische Senat hat erneut beschlossen, den Präsidenten Coolidge zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz aufzufordern.

* Der amerikanische Finanzmann Morgan, der eine wesentliche Rolle bei den Vorarbeiten für eine deutsche Anleihe spielt, hat sich von Southampton nach Newyork eingeschifft.

Wahltag!

Durch die Straßen der Großstadt rasen die Autos, massenhaft fliegen die Flugblätter aus ihnen heraus. Über den Dächern kreisen die Flugzeuge und lassen die Blätter herunterregnen. Die Lichtreklamen blitzen durch die Nacht mit der Mahnung, diese oder jene Partei zu wählen — zwischen der Empfehlung einer guten Stiefelwichse und eines Edellikörs — und überall stehen Männlein und Weiblein und verteilen die Zettel.

In den kleineren Städten und in den Dörfern äußert sich die Wahlagitation vielleicht nicht so drastisch, aber überall flammt die Agitation unmittelbar vor Schluß hoch auf, eine Kundgebung folgt der anderen. Es ist Wahltag.

Noch einmal ladet jede Partei ihre Anhänger und — Gegner zur Versammlung, noch einmal dröhnen die nun so oft gehörten und die nicht minder oft gesprochenen Worte aus der schon ganz heiseren Kehle des Redners, der vielleicht schon hundertmal — dasselbe geredet hat. Noch einmal hört man die Zwischenrufe und die Schimpfworte, erlebt man, wenn man „Glück" hat, noch einmal eine „Wahlschlacht", verspürt noch einmal die „schlagenden" Gründe des Gegners. Und dann ist's vorbei, denn am eigentlichen Wahltag geht es ja gemütlich zu. Im Wahllokal ganz besonders; denn der Abstimmungsvorstand hat das Hausrecht, ist also befugt, jeden hinauszuwerfen, der sich ungebührlich benimmt.

Doch trotz allem Geschrei ist, im ganzen genommen, der Wahlkampf viel ruhiger verlaufen als früher. Denn erstens fehlte eigentlich jeder Partei eine zündende Wahlparole. Es ist alles so gequält gewesen, es fehlte die richtige „Forsche". Die Mittelparteien der Regierung waren ganz in der Verteidigung, und zwar in der Verteidigung eines auch von ihnen selbst nicht gerade hochgelobten Zustandes. Die angreifende Opposition war zwar heftig, mußte sich aber doch vor unerfüllbaren Versprechungen hüten, weil man hofft, nach dem 4. Mai Einfluß auf die Regierung zu gewinnen, so daß man nicht die Vorlegung von uneinlösbaren „politischen Wechseln" riskieren durfte. Die Sozialdemokratie saß in dem größten Staat, Preußen, an verantwortlichster Stelle im Kabinett, so daß sie nur schwer selbst attackieren, sich vielmehr in der Hauptsache auch nur zu verteidigen hatte. Die einzig nicht gekannten wirklichen Angreifer waren daher die Extremen verschiedener Art, die dann auch einen frischen, fröhlichen Wahlkampf führten.

Doch die Wahl ist ja nicht nur der Abschluß des Vergangenen, das Urteil über das, was geschehen ist und wie es geschehen ist, sondern sie ist vor allem die Schwelle zur Zukunft. Es hängt von der Gestaltung des Reichstages außerordentlich viel ab, so viel, daß es gerade genügen sollte, auch den säumigen Wähler zur Urne zu treiben. Denn von dieser Zusammensetzung hängt die Art der neuen Reichsregierung, die Art also der zukünftigen Politik ab, die unser aller inneres wie äußeres Schicksal entscheidend beeinflußt. Es ist gerade in unserer Zeit eigentlich etwas mehr wie Sonderbares, für die politische Reife eines „sich selbst verwaltenden" Volkes nicht gerade Zeugendes, daß es immer noch viele Tausende von deutschen Männern und Frauen gibt, die die Freuden eines Maiausfluges an der Ausübung ihres Wahlrechts „verhindern". Die aber hinterher, wenn nun die politische Entwicklung nicht nach ihren Wünschen geht, desto lauter — schimpfen. Derartige unkonsequente Leutchen gibt es namentlich unter den bürgerlichen Parteien. Oder solche, die einfach zu faul oder zu vergeßlich, jawohl vergeßlich, zum Wählen sind. Aber gerade die schimpfen hinterher am lautesten.

Noch einmal muß man aber daran erinnern, daß die Wahlzeit spätestens mit dem Glockenschlag 5 nachmittags zu Ende ist; auch die zu dieser Zeit im Wahllokal Anwesenden dürfen ihre Stimmen nicht mehr abgeben. Also gehe man nicht nur zur Wahl, sondern man gehe vor allem rechtzeitig. 32 Parteien bewerben sich um die Stimmen der über 40 Millionen deutscher Wähler und Wählerinnen. Hier hat wirklich die Qual, wer „die Wahl hat". Aber Sonntag abend ist alles vorbei, und man kann allerseits sagen: Gott sei Dank!

Die belgischen Minister in London.

Um die wirtschaftliche Einheit Deutschlands.

Die Minister Theunis und Hymans sind in London eingetroffen. Die Minister werden mit dem belgischen Botschafter in London konferieren und dann nach Chequers abreisen, um dort bei dem englischen Premierminister zu bleiben. Die Minister haben die Absicht, am Sonnabend nach Brüssel zurückzureisen.

In der Londoner Presse wird die große Bedeutung des Besuchs der belgischen Minister in London und ihre nützliche Rolle bei den Verhandlungen anerkannt, und es wird hervorgehoben, daß die Ansichten Englands, Italiens und Belgiens über den Sachverständigenbericht und die darin vertretene Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands übereinstimmend sind. Es scheint der Eindruck vorzuherrschen, daß sich auch die französische Regierung, wenn sie auch auf einer Fortdauer der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes bestehe, diesen Ansichten nähert.

Streichung der alliierten Schulden?

Geänderte Meinung in Amerika.

Aus Newyork wird berichtet, daß die National City Bank, das größte Finanzinstitut in den Vereinigten Staaten öffentlich gemeinsam mit anderen finanziellen und kaufmännischen Unternehmungen für die Verminderung bzw. Streichung der alliierten Kriegsschulden an Amerika eintritt. In ihrem Monatsbericht weist die Bank die Amerikaner darauf hin, daß die Annahme des Reparationsplanes der Sachverständigen ein formelles Ersuchen von seiten Europas um Verminderung der Schuld an die Vereinigten Staaten nach sich ziehen werde und daß die Amerikaner bereit sein müßten, eine Antwort zu erteilen.

Man führt an, daß der Sachverständigenplan eine wesentliche Verminderung der Reparationssumme bedeute. Daher sei die Änderung der Anschauung in Amerika, die sich bisher streng gegen jede Kriegsschuldstreichung wende, gerechtfertigt.

Polnische Gefahr für Oberschlesien

Deutsch-polnischer Notenwechsel.

Amtliche Erklärungen.

Die andauernden polnischen Treibereien in den deutschgebliebenen Teilen Oberschlesiens und die offene oder geheime Unterstützung dieser Treibereien durch die Warschauer Regierung haben die deutschen Behörden veranlaßt, nunmehr mit deutlichen Worten dieses Verhalten zu kennzeichnen und in einer Note die polnische Regierung auf die Gefährlichkeit und Unrechtmäßigkeit ihres Verhaltens hinzuweisen.

Die polnische Regierung hat in der polnischen Presse Mitteilungen über eine Note verbreitet, die sie anläßlich der Verhaftungen ehemaliger Aufständischer in Deutsch-Oberschlesien durch ihre Gesandtschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt hat überreichen lassen. In dieser Note war u. a. gesagt, daß die Verhaftungen eine begreifliche Erregung der Bevölkerung in Oberschlesien hervorgerufen hätten, und daß sie nicht zu friedlichen Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung beitragen könnten. Auf diese Äußerungen hat das Auswärtige Amt der polnischen Regierung in einer Antwortnote entgegengehalten, daß es sich bei den Verhafteten in Deutsch-Oberschlesien um Reichsangehörige handelt, die einer ausländischen, auf die Losreißung deutscher Gebietsteile hinarbeitenden Geheimorganisation als Mitglieder angehören, und daß es im übrigen ausschließlich dem terroristischen Treiben der polnischen Insurgentenverbände zu verdanken ist, wenn sich die dringend erwünschte Beruhigung in den beiden Teilen des ehemaligen Abstimmungsgebietes immer noch nicht einstellen will.

Inzwischen haben die Bedrohungen der deutschen Bevölkerung Polnisch-Oberschlesiens Formen angenommen, die das Schlimmste befürchten lassen, zumal der polnische Sejm einem Dringlichkeitsantrag zugestimmt hat, der die Regierung auffordert, als Vergeltung für die in Deutsch-Oberschlesien vorgenommenen Verhaftungen, die in der Wojewodschaft Schlesien ansässigen Reichsdeutschen auszuweisen. Die Reichsregierung hat sich infolgedessen veranlaßt gesehen, in einer weiteren Note nach Warschau mit Nachdruck auf die außerordentlich ernsten Folgen hinzuweisen, die ein Andauern der bedrohlichen Lage, wie sie sich für die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien herausgebildet hat, notwendigerweise für die Beziehungen der beiden Länder mit sich bringen muß.

Japans Beteiligung an der Währungsbank!

Einer Meldung aus Tokio zufolge hat die japanische Regierung beschlossen, an der Errichtung der geplanten deutschen Währungsbank teilzunehmen und durch Verkauf von Bargeld im Auslande der Einladung der Bank von England, sich mit 500 000 Pfund zu beteiligen, stattzugeben.

Rhein-Ruhrfragen im Unterhause.

Ausgewiesene und Eingekerkerte.

Auf eine Anfrage des Liberalen Harvey teilte Staatssekretär Parsonby im englischen Unterhause mit, die Zahl der Personen, die aus den von den Alliierten besetzten deutschen Gebieten ausgewiesen worden seien, betrage bis zum 15. April 1924 40 149. Bis zu demselben Zeitpunkt belaufe sich die Zahl der Personen, die Erlaubnis erhielten, zurückzukehren, auf 4706. Harvey fragte weiter, ob es nicht Tatsache sei, daß über 100 000 Deutsche, einschließlich Frauen und Kinder, immer noch zwangsweise von ihren Wohnstätten abwesend seien, und ob irgendwelche Schritte unternommen worden seien, um die Rückkehr der Familien zu sichern. Ponsonby erwiderte, er habe keinerlei Informationen über diesen Punkt. Kenworthy fragte, ob die Frage der Ausweisungen nicht in sehr hohem Maße bei der Wiederherstellung der fiskalischen Autonomie Deutschlands in Betracht komme? Wenn 100 000 Leute ausgewiesen seien, wie könnten sie dann die Geschäfte des Landes fortführen und eine Wiederherstellung erreichen? Harvey lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Zahl der deutschen Untertanen, die infolge der Urteilssprüche alliierter Kriegsgerichte im besetzten Gebiet Gefängnisstrafen zu verbüßen hätten. Harvey fragte, ob für diese Fälle eine allgemeine Amnestie geplant sei. Ponsonby versicherte, daß die von ihm erwähnten bedauerlichen Umstände dauernd die Aufmerksamkeit der britischen Regierung beschäftigten. Das Ruhrunternehmen sei ein Abenteuer, an dem England nicht teilgenommen habe, und die von den französischen und belgischen Besatzungsbehörden dort verfügten Einkerkerungen seien von der britischen Regierung nicht zum Gegenstand amtlicher Vorstellungen gemacht worden. Die Regierung habe indes die Frage keinen Augenblick aus dem Auge gelassen und sei bereit, allen Einfluß, den sie besitze, für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse im besetzten Gebiet anzuwenden. Im Augenblick erscheinen irgendwelche Schritte aber nicht von besonderem Nutzen.

Gefängnisstrafe für verbotene Umzüge.

Verordnung des Reispräsidenten.

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zur Ergänzung der Verordnung vom 28. Februar 1924 über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen folgende Verordnung erlassen:

Dem § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 wird folgender Absatz 3 hinzugefügt:

„Wer an nicht zugelassenen Versammlungen unter freiem Himmel oder Aufzügen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen teilnimmt, wird mit Haft oder Geldstrafe bis

zu 150 Goldmark bestraft. Wer solche Versammlungen oder Aufzüge veranstaltet, leitet oder als Redner in ihnen auftritt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft."

Die Verordnung ist vom 25. April 1924 aus Bad Mergentheim datiert und offenbar gegen öffentliche Umzüge am 1. Mai gerichtet. Ihre verspätete Veröffentlichung am 1. Mai selbst ist deshalb etwas verwunderlich.

Die Konferenz in Mailand.

Auch Macdonals und Poincarés Teilnahme?

Die „Chicago Tribune" in Paris behauptet, es sei nicht ausgeschlossen, daß Poincaré und Macdonald beschließen werden, der belgisch-italienischen Konferenz am 18. Mai in Mailand beizuwohnen. In Paris schwanke man zwischen diesem Plan und einem andern, wonach Poincaré kurz nach den französischen Wahlen, am 13. oder 14. Mai zu Besprechungen mit Macdonald nach London reisen werde.

In Rom verlautet aus offiziösen Kreisen, die italienische Regierung habe beschlossen, ihre ganze Kraft anzuwenden und jede mögliche Initiative zu ergreifen, daß die Sachverständigenberichte wirklich angenommen und sobald als möglich zur Durchführung gebracht würden. Mussolini sei bestrebt, das denkbar vollständigste Zusammenwirken zwischen Großbritannien, Italien und Belgien zu erreichen. Er werde nach London eingehende Instruktionen in dieser Richtung senden. Dieser Schritt bedeute eine neue Phase der italienischen Politik. Mussolini sehe in dem Sachverständgenbericht die erste verheißungsvolle Aussicht, um der Politik des Gehenlassens ein Ende zu bereiten.

Die Maikundgebungen.

Blutiger Zusammenstoß in Königsberg i. Pr.

Nach den bis zu den Nachmittagsstunden des 1. Mais vorliegenden Nachrichten sind die Maikundgebungen im Reiche, mit einer einzigen Ausnahme, ruhig verlaufen. Diese Ausnahme betrifft Königsberg i. Pr., wo es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen kommunistischen Arbeitern und der Polizei kam, nachdem die Polizei versucht hatte, einen geschlossenen Demonstrationszug zu zerstreuen. Aus der Menge wurde auf die Polizeibeamten geschossen, worauf diese das Feuer erwiderten. Ein Arbeiter wurde getötet, ein zweiter schwer verwundet. Schwer verwundet wurden auch zwei Polizisten. Einem starken Polizeiaufgebot gelang es, die Menge zu zerstreuen.

In Berlin wurden die von den Kommunisten angekündigten Kundgebungen und Straßenumzüge größtenteils vereitelt. Etwa 5000 Personen, die sich im Lustgarten, in der Nähe des alten Schlosses, angesammelt hatten, wurden von der berittenen Schutzpolizei in die Seitenstraßen abgedrängt. Es kam nirgends zu Zusammenstößen, und die Polizei, die auf die höchste Alarmstufe gesetzt war, brauchte nicht von den Waffen Gebrauch zu machen. — In Leipzig wurden die kommunistischen Kundgebungen und Ansammlungen gleichfalls in der Entwicklung gehemmt.

Deutsche gesetzgeberische Vorbereitungen

Erklärungen des Reichskanzlers.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des Londoner „Daily Expreß" erklärte Reichskanzler Dr. Marx:

Die deutsche Regierung hat mit Befriedigung gesehen, daß England den Bericht als Ganzes und ohne Vorbehalte angenommen hat. Obwohl der Sachverständigenplan Deutschland Lasten auferlegt, deren Durchführbarkeit erst die Zukunft lehren kann, hat die deutsche Regierung den Bericht als Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems angenommen unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftliche und fiskalische Einheit Deutschlands und seine Souveränität in den besetzten Gebieten sofort wiederhergestellt wird, wie es der Bericht vorsieht. In der Antwort Englands glaubt die deutsche Regierung die Würdigung ihrer Auffassung zu erkennen, und sie hofft, daß es ohne Verzögerung gelingen wird, die wichtigste Voraussetzung für die Inangriffnahme des Planes zu schaffen. Die deutsche Regierung ist zurzeit damit befaßt, die gesetzgeberischen Maßnahmen vorzubereiten, die der Sachverständigenbericht vorsieht."

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Oberschlesische Fragen vor dem Reichsrat.

Der Reichsrat nahm seine öffentlichen Sitzungen nach der Osterpause wieder auf. Außer einer Anzahl von kleineren Angelegenheiten wurde ein Gesetzentwurf erledigt, betr. den Entwurf eines Gesetzes zu dem deutsch-polnischen Abkommen über die Rechte der Mitglieder und Beamten des gemeinschaftlichen Oberkomitees der oberschlesischen Eisenbahnen. Angenommen wurde ferner ein Gesetzentwurf, betr. ein deutsch-polnisches Abkommen über den oberschlesischen Grenzbezirk.

Bayerns Landwirte zum Sachverständigengutachten.

Der bayerische Christliche Bauernverein hat eine Entschließung über das Sachverständigengutachten angenommen. Diese fordert, daß dieses Gutachten nur dann akzeptiert werde, wenn der Landwirtschaft nicht neue Lasten auferlegt werden, wenn ferner tatsächlich die Befreiung des Ruhrgebietes erreicht und die gefangenen und ausgewiesenen Deutschen in ihre Rechte wieder eingesetzt werden.

Der Strafvollzug gegen Hitler, Pöhner, Weber und Kriebel.

In München gehen Gerüchte um, daß der Strafvollzug gegen die im Hitlerprozeß Verurteilten ausgesetzt werden soll. Dazu wird amtlich bekanntgegeben, daß der Ministerrat noch keinen Beschluß in dieser Richtung gefaßt habe. Wie die Blätter betonen, habe man es dem Justizminister Gürtner überlassen, selbständig mit einem entsprechenden Antrag an den Ministerrat heranzutreten. Dies habe der Justizminister bisher aber noch nicht getan.

Drohende Regierungskrisis in Mecklenburg.

Die Fraktion der Deutschvölkischen Freiheitspartei hat dem Vorsitzenden der deutschnationalen Landtagsfraktion erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, gegen den von den Sozialdemokraten und Kommunisten angekündigten Mißtrauensantrag gegen das Ministerium Brandenstein zu stimmen, wenn nicht vor dem Wiederzusammentritt des Landtages der Rücktritt des deutschnationalen Ministerpräsidenten v. Brandenstein erfolgt wäre. Brandenstein sei infolge seiner Zustimmung zu dem Sachverständigengutachten für die Freiheitspartei untragbar. Wenn die Freiheitspartei ihren Standpunkt festhält, würde das Ministerium nur eine Minderheit für sich haben.

Schulbesuch der Kinder ausgewiesener Eltern.

Die französische Besatzungsbehörde hat gestattet, daß minderjährige Kinder Ausgewiesener, die infolge des Aufenthalts ihrer Eltern im unbesetzten Gebiet die Schule ihrer Konfession nicht besuchen können (besonders die Katholiken), frei in das besetzte Gebiet hineinkommen dürfen, so lange sie im Alter unter 16 Jahren stehen. Die Minderjährigen über 16 Jahre können die gleiche Vergünstigung erhalten. Doch sind bei diesen die üblichen Formalitäten zu erfüllen.

Christliche Gewerkschaften und Kriegsschuldlüge.

Auf der in Florenz tagenden Konferenz der Internationalen christlichen Eisenbahnergewerkschaften nahm der Vertreter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner Stellung zur Kriegsschuldfrage. Der deutsche Vertreter Brune, der zweiter Vorsitzender der Internationale ist, machte das Verbleiben seiner Gewerkschaft in der Internationale von der einstimmigen Annahme einer Erklärung abhängig. In dieser Erklärung wurde die Behauptung zurückgewiesen, daß Deutschland allein schuld am Kriege sei. Diese Erklärung wurde nach einer sehr erregten Debatte von der Versammlung, auch von der französischen Delegation, angenommen.

Reichstagswahl am Sonntag

Wahlzeit von 8 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm.

Reichsbahn und Sachverständigengutachten.

Im Reichsverkehrsministerium tagte der zu gleichen Teilen aus Vertretern des Personals und der Verwaltung bestehende Organisationsausschuß und besprach die Einwirkungen des Sachverständigengutachtens auf die Reichsbahn. Zum Teil wurde bezweifelt, daß die der künftigen Eisenbahnbetriebsgesellschaft auferlegten finanziellen Lasten tragbar seien. Der Organisationsausschuß beschloß, beim Reichsverkehrsminister die Forderung zu erheben, daß die Regelung der Personalfrage als einer besonders lebenswichtigen und dringenden von dem Reichsverkehrsministerium zusammen mit den Organisationen so schnell wie möglich vorweg behandelt werden soll. — Reichsverkehrsminister Oeser betonte in einer Versammlung im Herrenhause, Vorbedingung für alle Verhandlungen sei die Wiederangliederung der Rhein- und Ruhrbahnen an das Hauptnetz der deutschen Bahnen.

Hamburgs Senat für bessere Beamtenbesoldung.

Der Hamburgische Senat hat beschlossen, die Reichsregierung nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß die zurzeit unzulängliche Besoldung der Beamten einer baldigen Abhilfe bedarf, und daß die beschleunigte Klärung der Frage, wie diesem Umstande Rechnung getragen werden kann, unabweisbar ist.

Italien und deutsche Geheimbünde.

Über die Gründe, weshalb Italien dem Kollektivschritt der Westmächte bei der Berliner Regierung wegen der Geheimorganisationen im Ruhrgebiet nicht beigetreten ist, wird in römischen Kreisen erklärt, man habe es nicht für gut befunden, trotz der Aufforderung des englischen Botschafters, dem Schritt Frankreichs, Englands und Belgiens sich anzuschließen, da Italien, das an der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets nicht teilgenommen hat, die Frage der Geheimorganisationen als eine innerpolitische Angelegenheit des Deutschen Reiches betrachtet.

Frankreich.

× **Der Konflikt mit der Türkei** an der syrischen Grenze nimmt schärfere Formen an. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat das Kommissariat der Nationalen Verteidigung in Angora die Vorschläge der franko-rumänischen Luftschiffahrtsgesellschaft zurückgewiesen und französischen Apparaten das weitere Überfliegen türkischen Gebietes verboten.

Starker Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im unbesetzten deutschen Gebiet ist in der Zeit vom 1. bis 15. April weiter von 703 000 auf 476 000 zurückgegangen. Wenn auch dabei gewisse Änderungen in den Unterstützungsvorschriften mitgewirkt haben, so ist eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes unverkennbar.

Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände.

Ablieferungen, die auf Grund von Stundungen oder auf Aufforderung durch den Kommissar für Devisenerfassung gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände noch zu erfolgen haben, sind nur noch bei der Devisenbeschaffungsstelle G. m. b. H. in Berlin NW. 7, Am Weidendamm 1a, vorzunehmen. Die Reichsbank und die Reichsbankstellen nehmen Ablieferungen nicht mehr entgegen.

Deutsch-russische Eisenbahnkonferenz.

Das russische Volkskommissariat für Verkehrswesen hat den deutschen Vorschlag, wonach in Moskau am 11. Mai eine deutsch-russische Eisenbahnkonferenz einberufen werden soll, auf der die Einzelheiten der Frage der direkten Verbindungen zwischen Deutschland und der Sowjet-Union sowie andere beide Seiten betreffende Eisenbahnfragen besprochen werden sollen, als annehmbar anerkannt.

Großbritannien.

× **Macdonald bleibt.** Das ist das Resultat der mit Spannung erwarteten Unterhaussitzung, die das Budget bewilligen sollte. Man war der Ansicht, Schatzkanzler Snowden werde im Namen der Arbeiterregierung die Aufhebung der Mac-Kenna-Schutzzölle beantragen, und über diesen Antrag werde das Kabinett fallen. Nun aber schlug der Schatzkanzler ein Kompromiß vor, derart, daß die Schutzzölle bis 31. Juli in Kraft bleiben und dann aufgehoben werden sollen. Das Unterhaus bewilligte daraufhin das Budget und die angesagte Regierungskrisis war damit überwunden.

× **Ultimatum der Liberalen wegen der Verhältniswahl.** Die liberale Partei hat der Arbeiterregierung ein Ultimatum gestellt, in dem die liberale Unterhausfraktion das Kabinett auffordert, im Unterhause die Erklärung abzugeben, daß der von einem Liberalen eingebrachte Gesetzentwurf, der für England die Einführung des Verhältniswahlrechts verlangt, die offizielle Unterstützung der Regierung erfahren wird. Gibt die Regierung diese Erklärung nicht ab, so will die liberale Partei im Unterhause gegen die Regierungsmaßnahmen stimmen und sofort eine lebhafte Agitation gegen alle Mitglieder der Arbeiterpartei einleiten. Die Arbeiterpartei ist gespalten in der Ansicht über die Verhältniswahl, und da die Konservativen gegen eine Änderung der Wahlreform sind, befindet sich die Regierung in kritischer Lage.

× **Eine Maibotschaft Macdonalds,** an die Arbeiter der Welt gerichtet, erklärt als Ansicht des englischen Premierministers, der 1. Mai trage diesmal einen neuen Klang der Verheißung. Der 1. Mai rufe die Völker aller Länder auf, sich zu einigen und sich zu freuen, daß die Hoffnung lebt. Der Aufruf sagt weiter: Auch dieser 1. Mai findet noch immer nah und fern Millionen in Unglück, in Unterdrückung und Angst, zugleich aber bringt er die Erkenntnis, daß gleich wie die erstarrte Erde aufbricht und sich öffnet, so in aller Welt die alte schlechte Ordnung des Mißtrauens, Hasses, der Zwietracht im Kampfe steht mit der neuen Ordnung der Arbeit und Gemeinsamkeit. Macdonald schließt mit dem Hinweis, daß die Zeit nicht fern sei, in der die Mächte der Unterdrückung und der Diktatur den Kräften der Demokratie und der Freiheit überall Platz machen müßten.

Nordamerika.

× **Auch Präsident Coolidge der Korruption beschuldigt.** Nach Washingtoner Meldungen wird Präsident Coolidge beschuldigt, dem bekannten Fabrikanten Ford die Konzession für die Ausbeutung von wertvollen, der Bundesregierung gehörigen Wasserkraftanlagen zur Herstellung von künstlichem Stickstoff gewährt zu haben, und zwar gegen das Zugeständnis von Ford, auf die Kandidatur zur Präsidentschaft bei den bevorstehenden Wahlen zu verzichten. Präsident Coolidge bestreitet den Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen.

Aus In- und Ausland.

Paris. Am hiesigen Sitz der Faszistenpartei, deren Vorstand gestern eine Sitzung abhalten wollte, wurde durch Unbekannte eine Bombe niedergelegt, welche explodierte und eine anwesende Italienerin leicht verletzte. Der angerichtete Schaden ist unerheblich. Als die Faszisten auf die Straße stürmten und mit Revolvern schossen, wurden sie verhaftet.

Prag. Da Dr. Krofta als für Wien unabkömmlich bezeichnet wird, hat sich das Außenministerium entschlossen, für die wichtige Berliner Stelle den Minister Johann Dvoracek zu ernennen.

Warschau. In der Budgetkommission erklärte der Referent des Kriegsministeriums, daß durch die im Gesetz vorgesehene zweijährige Militärdienstzeit das Jahreskontingent der polnischen Armee sich von 270 000 auf 350 000 Mann erhöht.

Washington. Nach einer Meldung aus Cuba ist der Bürgermeister von Santiago von den Aufständischen ermordet worden. Die Regierung zieht Truppen zusammen. Es ist die Rede von einem amerikanischen Eingreifen.

Berlin. Major a. D. Erich Müller, der im Weltkrieg als Adjutant des Generalmajors von Lettow-Vorbeck den ostafrikanischen Feldzug mitmachte, ist aus der Provinz (Mozambique (Portugiesisch-Ostafrika) durch den Gouverneur ausgewiesen worden.

Paris. Der zweite Halbjahrgang 1922 der Truppen wurde vorzeitig entlassen, um an den Wahlen teilnehmen zu können.

Paris. Der Generalrat der Roten Kreuz-Liga hat seine Arbeiten beendet. Er hat in einer Reihe von Resolutionen die Tätigkeit der Liga gebilligt. Deutschland ist aufgefordert worden, einen Vertreter in den Rat zu entsenden.

Paris. Hier wird amtlich erklärt, daß die Nachrichten, nach denen der Abschluß eines Abkommens zwischen Frankreich und Japan bevorstehe, falsch seien. Die gegenwärtig zwischen Frankreich und Japan schwebenden Verhandlungen zielen nur auf die Ausarbeitung eines Handelsvertrages ab.

Rom. Die Nachricht über ein im Jahre 1925 stattfindendes allgemeines Konzil der römisch-katholischen Kirche wird aus vatikanischen Kreisen dementiert.

Washington. Die Friedenskonferenz in Honduras hat zu dem Ergebnis geführt, daß der General Tosta zum provisorischen Präsidenten der Republik ernannt werden wird.

Aus Brockau und Umgegend.

Brockau, den 3 Mai 1924.

Sitzung der Brockauer Gemeindevertretung.

Die letzte Sitzung des scheidenden Ortsparlaments fand gestern Freitag, Nachmittag 3½ Uhr, im Sitzungssaale statt. 15 Herren hatten sich zum Abschiede eingefunden. Die Zuhörer fehlten gänzlich. Als Hauptpunkt der Tagesordnung stand die Prüfung der

Jahresrechnung 1923/24

zur Vorlage. Die Kassenkommission hatte sich bereits mit der Vorprüfung befaßt und die Rechnungsleger werden aufgeatmet haben, daß diese blödsinnige Rechnerei mit Millionen, Milliarden, Billionen, Billiarden ihr Ende gefunden hat. Die Rechnung wurde für richtig befunden und den Kassenführern Entlastung erteilt. Interessant sind die Abschlußzahlen. **Einnahmen,** etatsmäßige und außeretatsmäßige: **143 Billiarden 600 Billionen 64 Milliarden 498 Millionen 692 Tausend 032 Mark. Ausgabe,** etatsmäßige und außeretatsmäßige: **138 Billiarden, 625 Billionen, 506 Milliarden, 830 Millionen, 870 Tausend, 712 Mark.**

Eine formale Aenderung in der Besoldungsordnung beim Gemeindevorsteher wurde zugestimmt.

Die Gemeinde ist dem Bühnenbild-Bund beigetreten. Sie ist in der Lage interessante Lehrfilme usw. zu erreichen. Der Beitrag beträgt jährlich 25 Mark.

Zum Schluß dankte der Gemeindevorsteher den scheidenden Gemeindeverordneten für ihre aufopferungsvolle, ehren-

Beilage zu Nr. 53 der „Brockauer Zeitung“.

Sonntag, den 4. Mai 1924.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Leiter der Ostasienabteilung im Auswärtigen Amt Ministerialdirektor H. Knipping ist an Stelle des verstorbenen Gesandten Graf Montgelas zum Gesandten in Mexiko ernannt worden.

* Im besetzten Gebiet wurden alle Kundgebungen im Freien zum 1. Mai verboten.

* Auf Einladung der Landesversicherungsanstalt Baden wird die Tagung des Verbandes deutscher Landesversicherungsanstalten im August in Augsburg stattfinden.

* Die belgischen Minister Theunis und Hymans sollen angeblich am 16. Mai mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini in Mailand zusammentreffen.

* Die Lage an der türkisch-syrischen (französischen) Grenze ist gespannt. Elf Dörfer sollen durch französisches Artilleriefeuer zerstört sein. Die Türken sammeln Truppen an der Grenze.

Soziale Verantwortlichkeit.

Die Streikwelle in Deutschland ist wieder in starkem Anschwellen; in Mannheim haben sich soeben die Einigungsverhandlungen in der Metallindustrie sowie im chemischen Gewerbe wieder zerschlagen, im mitteldeutschen Braunkohlenrevier lodert vielerorts das Streikfeuer hoch und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind regelrechte oder wilde Streiks an der Tagesordnung.

Auf der andern Seite naht die Gefahr, daß diese lohnpolitische Aktion ihre Grenzen überschreitet, die ihr von der Wirtschaft gesetzt sind. Denn, wie der bekannte Industrielle Geheimrat v. Borsig in einer soeben erschienenen Broschüre: „Industrie und Sozialpolitik“ erinnert, ist „die Lohnpolitik nicht nur ein Teil der Sozialpolitik, sondern ebenso sehr ein Teil der Wirtschaftspolitik“. Die Stellung der Unternehmer zur Sozialpolitik wird also nicht nur, sondern muß einfach immer stark von wirtschaftlichen Erwägungen beeinflußt und eingegrenzt werden. Aber es werden sich innerhalb der Wirtschaft immer starke Differenzen bei der Rentabilität nicht nur einzelner Wirtschaftszweige, sondern auch einzelner Betriebe ergeben, so daß eine reine Konjunkturlohnpolitik, also allgemeine Lohnsteigerung bei günstiger Konjunktur einer oder mehrerer Wirtschaftsgruppen, zum Schaden für die Gesamtheit wird. Würde — um ein Beispiel Borsigs anzuführen — etwa eine Stundenlohnerhöhung in der Berliner Metallindustrie um 1 Pfennig auf die ganze deutsche Wirtschaft ausgedehnt werden, so bedeutet das für die Gesamtindustrie eine jährliche Mehrbelastung von nicht weniger wie 500 Millionen Mark.

Die Vorherrschaft wirtschaftlicher Erwägungen — bei unserer außenpolitischen und wirtschaftlichen Lage eine Selbstverständlichkeit — bedeutet aber, wie Borsig des längeren darlegt, keineswegs eine Ablehnung der Sozialpolitik, sondern Borsig betont ausdrücklich, daß Sozialpolitik ein notwendiger Teil der Staatspolitik sein muß mit dem Ziel der Stärkung des Staatsganzen durch Sicherung und Erhaltung seiner wertvollsten Teile. Also nicht etwa den sozialen (also das Mitgefühl), sondern diesen staatspolitischen Gedanken zum Kern der Sozialpolitik machen; damit wird, „wie jede Politik, so auch die Sozialpolitik zu einer Politik des Möglichen, des Durchführbaren, des Tragbaren“, also eingegrenzt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, aber in diesen Grenzen größtmöglicher Ausbau.

Dieser Leitgedanke, der die Zentralarbeitsgemeinschaft erfüllen und ihr Unterbau sein mußte, nämlich der Gedanke der Verantwortlichkeit und der freien Entschließung der Beteiligten, deckt sich nach Borsig nicht immer mit dem Vordringen der Organisationen, deren Anerkennung von Borsig nicht etwa zurückgezogen wird. Und nicht mit dem Vordringen des Staatsbureaukratismus. Beides habe dem Tarifgedanken, an dem man in der Arbeitgeberschaft festhalten wolle, sehr geschadet, weil er die Vertragsfreiheit zum Tarifzwang ummodelte, jenen Unterbau also tatsächlich beseitigte. Grundsätzliche Wiederanerkennung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft auf dem Boden freier Tarifvertragspolitik könne allein der Entwicklung des Tarifgedankens den Weg ebnen, bei bei dem man sich von jedem Schematismus fernhalten müßte.

Besonders scharf hebt Borsig die Notwendigkeit hervor, bei der Entlohnung vor allem wieder den Gedanken der Leistung durchzuführen. Denn wir seien schon wieder dahin gekommen, daß zwar die ungelernten und angelernten Arbeiter im allgemeinen den Friedensnormallohn erhalten, nicht aber die Qualitätsarbeiter. Darin habe die außreordentlich beklagenswerte Auswanderung zum großen Teil ihre Ursache.

Die beiden Hauptprobleme in dem sich wieder zuspitzenden Kampf, nämlich das Schlichtungswesen und vor allem die Arbeitszeit, werden dann ausführlich behandelt, und dabei tritt immer wieder das Leitmotiv: Abwendung von jedem Schematismus und Bureaukratismus als das wesentlichste dafür hervor, daß man endlich zu einer vernünftigen Regelung kommt. Scharf wird daher von Borsig aber auch ein schematischer Zehnstundenarbeitstag abgelehnt, weil auch dieser dem Grundsatz freier tariflicher Vereinbarung widersprechen würde. Es geht eben durch dieses Schriftchen nicht nur der Wille zur Freiheit von überflüssigen, staatlichen Hemmungen, sondern vor allem der Geist und das Gefühl der Verantwortlichkeit dem Ganzen gegenüber. Wünschenswert wäre es, wenn er überall walten würde.

Sparerfolge in Preußen.

Jährlich etwa 160 Millionen Goldmark.

Eine vom Preußischen Finanzministerium ausgearbeitete Zusammenstellung der Abbau- und Ersparnismaßnahmen in Preußen ist dem Preußischen Landtag zugegangen, nachdem das Staatsministerium den Maßnahmen zugestimmt hat. Die Gesamtsumme der bei den einzelnen Ressorts zu erwartenden jährlichen Ersparnisse beläuft sich nach dieser Aufstellung auf 159 628 300 Goldmark, der einmaligen Ersparnisse auf 11 430 000 Goldmark.

Beim Finanzministerium werden die Ersparnisse aus dem Personalabbau auf Grund der Abbauverordnung veranschlagt auf 80 000 000 Mark. — Durch Verminderung der sonstigen persönlichen Ausgaben ergibt sich eine Ersparnis von insgesamt 7 755 000 Mark. Die Einschränkung der sächlichen Ausgaben für Bureaubedürfnisse soll erbringen 8 000 000 Mark.

Beim Innenministerium sollen Ersparnisse erzielt werden zunächst durch Sistierung von Gesetzentwürfen, ferner durch gesetzgeberische Maßnahmen: hierhin gehört die Verwaltungsreform in Vorbereitung. Aus dem Entwurf über die Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten wird eine Ersparnis von 700 000 Mark, aus dem für die Staatsratsmitglieder auf 100 000 Mark errechnet. Ferner soll der Abbau von Behörden und Organisationen beim Ministerium des Innern eine Ersparnis bringen von 3 751 000 Mark.

Beim Justizministerium werden die Ersparnisse aus der Justizreform als unschätzbar bezeichnet. Bei der Strafrechtspflege wird die Verringerung der Besetzung der Oberlandesgerichtssenate mit 250 000 Mark, die Verkleinerung und Neuordnung der Schwurgerichte sowie die Beschränkung der Berufung auf 1 Million Mark veranschlagt. Eine einmalige Ersparnis von 600 000 Mark wird errechnet aus den Notmaßnahmen bis 31. März 1924: Verzicht auf Schöffen und Geschworene; Ruhen der Privatklagen; weitere Beschränkung der Berufung.

Beim Kultusministerium soll die Änderung des Volksschulunterhaltungsgesetzes, betr. Aufhebung der Barrücklagen der Schulverbände sowie die Beseitigung des Privilegs einzelner Schulverbände wegen einer Klassenfrequenz von 40 Kindern eine Ersparnis von jährlich 1 Million Mark ergeben. Aus dem Abbau der Behörden errechnet man eine Ersparnis von jährlich 6 833 000 Mark.

Weitere Ersparungen sind veranschlagt beim Handelsministerium (Aufhebung der Kohlenwirtschaftsstelle), Landwirtschaftsministerium (Abbau von Behörden, Fonds usw.), Wohlfahrtsministerium. In der Zusammenstellung wird darauf verwiesen, daß auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Maßnahmen die den Etat 1924 einzustellenden Beträge für Erwerbslosenfürsorge um 100 Millionen, für Sozial- und Kleinrentnerfürsorge um 6 600 000 Goldmark gegenüber dem Voranschlag herabgesetzt werden konnten.

Amerikanisches Eingreifen

Aufruf der Sachverständigen.

Äußerungen des Präsidenten Coolidge.

Die in Newyork eingetroffenen Sachverständigen General Dawes, Owen Young und Robinson haben nach ihrer Ankunft eine Erklärung erlassen, in der sie es als notwendig bezeichnen, daß der in dem Gutachten der Sachverständigen entwickelte Reparationsplan von allen Beteiligten angenommen werde. Sie treten dafür ein, daß Amerika sich an der Lösung des Reparationsproblems tätig beteilige und daß die in dem Reparationsplan vorgesehene Anleihe für Deutschland amerikanische Mitwirkung finde. Wenn der Sachverständigenplan abgelehnt werde, so werde ein allgemeines Chaos unvermeidlich sein. Nur die Anleihe könne die wirtschaftliche Ruhe und die Kaufkraft Europas wiederherstellen und zu einer Epoche des Friedens und der Zusammenarbeit führen.

Nach Washingtoner Meldungen ist eine amerikanische Beteiligung an dem Ausschuß für die Finanzfragen nahezu sicher. Der endgültigen Organisation der Deutschen Eisenbahngesellschaft, der Treuhandgesellschaft für die Industrieobligationen und dem Direktorium der neuen Notenbank sollen amerikanische Mitglieder angehören. In den Organisationsausschuß für die Notenbank werde, da die amerikanischen Sachverständigen sämtlich nach Amerika zurückgekehrt seien, entweder ein englischer oder ein französischer Finanzsachverständiger gewählt werden. Als etwaige amtliche amerikanische Mitarbeiter bei der Organisation der Notenbank nennt man Morrow Lamont (Morgan-Bank), sowie den früheren Vertreter des General Reserve Board, Harding.

Präsident Coolidge hat, wie der amerikanische Botschafter in London in einer Rede mitteilte, vor einigen Tagen in einer Ansprache an Pressevertreter gesagt: „Es scheint aller Grund zu der Hoffnung zu bestehen, daß der Bericht der Sachverständigen, der als Dawes-Bericht bekannt ist, eine Grundlage für eine praktische Lösung des Reparationsproblems bietet. Ich vertraue darauf, daß er sich allen interessierten europäischen Regierungen anempfiehlt als eine Methode, durch die sie mittels gegenseitiger Zugeständnisse zu einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems gelangen können, und daß ein solches Ergebnis die Wiederherstellung Deutschlands und die größtmöglichen Zahlungen an die Gläubiger-Regierungen erlauben wird.“ — Der Botschafter erwähnte noch, es sei nicht wahr, daß die Vereinigten Staaten kein Interesse an den Angelegenheiten Europas nähmen. Das amerikanische Volk stehe den Verhältnissen in Europa keineswegs gleichgültig gegenüber, weder im humanitären noch im wirtschaftlichen Sinne.

Verschleppungsmanöver Poincarés.

Wie in Londoner parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Poincaré der englischen Regierung mitteilen lassen, daß er vor den Wahlen nicht in der Lage sei, eine Zusammenkunft mit Ramsay Macdonald und damit den Beginn der Verhandlungen über das Sachverständigengutachten zu verabreden, daß er aber grundsätzlich bereit sei, nach den Wahlen eine Begegnung ins Auge zu fassen. Pariser Blätter veranschlagen bereits die Zeit, in der die Sachverständigen der Reparationskommission die näheren Einzelheiten der Sachverständigengutachten ausarbeiten und fertigstellen werden, auf mindestens vier Wochen, und meinen, daß bis dahin die alliierten Regierungen zu einer Einigung über die politischen Probleme gelangt sein würden. Die Einigung natürlich im Sinne Poincarés.

Gemeindewahl.

Wahlvorschlag I. **Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands. (V. S. P. D.)**

1. Denny Hermann, Arbeiter
2. Nickel Paul, Hilfsweichensteller
3. Baerhold Fritz, Ref. Lokomotivführer
4. Kudella Emanuel, Schlosser

Wahlvorschlag II. **Zentrum.**

1. Eichner Karl, Werkstättenvorsteher
2. Groß Albert, Rendant
3. Paschke Bruno, Maschinenputzer
4. Wolff Emil, Lokomotivführer

Wahlvorschlag III. **Deutschnationale Volkspartei.**

1. Klose Oskar, Werkstättenvorsteher a. D.
2. Hauser Franz, Tierarzt
3. Haja Gustav, Kaufmann
4. Sindermann Karl, Eisenbahn-Assistent

Wahlvorschlag IV. **Dodeck.**

1. Dodeck Ernst, Zeitungsverleger
2. Wolff Reinhold, Lokomotivführer
3. Reinhardt, Wilhelm, Ingenieur
4. Lutz Heinrich, Eisenbahn-Sekretär

Vom Wahlkampf.

Aus allen Parteien.

† **Wahlreden durch Rundfunk.** Reichskanzler Dr. Marx hielt eine Wahlrede für das Zentrum am Dienstag abend durch Radioapparat in Berlin. Der Kanzler wiederholte darin im wesentlichen die Darlegungen seiner Reden im Rheinland. Bis zum Vorabend des Wahltages sprechen an derselben Stelle Führer der verschiedenen Parteien: Mittwoch Graf Westarp für die Deutschnationalen, Donnerstag Breitscheid für die Sozialisten, Freitag Dr. Stresemann für die Volkspartei, Sonnabend Koch für die Demokraten.

† **Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Magdeburg.** Vor einer großen Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei in Magdeburg sprach Dr. Stresemann über die politische Lage. In Wirklichkeit bestehe Politik nur aus Konzessionen und Kompromissen, die man sich gegenseitig machte. In Wirklichkeit sei eine extreme Partei in Deutschland nicht regierungsfähig. Wir dürfen an der Zukunft des deutschen Volkes nicht verzweifeln, auch wenn wir sie vielleicht nicht mehr erleben. Wir haben die Pflicht, daran zu arbeiten, daß die, die nach uns kommen, ein besseres Deutschland erleben. — Es mußte eine Parallelversammlung abgehalten werden, da der Saal die Erschienenen nicht faßte.

† **Ein Aufruf des Reichs-Landbundes** führt aus, vielfach zeige sich in Stadt und Land Wahlverdrossenheit und Wahlmüdigkeit. Demgegenüber ruft der Reichs-Landbund alle seine wahlberechtigten Mitglieder, Männer und Frauen, Jungbauern und Jungbäuerinnen, auf, am 4. Mai ihre Wahlpflicht zu erfüllen. Jeder gebe seine Stimme nur für die Liste einer Partei ab, die solche Kandidaten an sicherer Stelle aufgestellt haben, die vom Landbund als seine Vertreter anerkannt worden sind.

† **Nochmals der Stimmschein für Abwesende.** Wer am 4. Mai sich aus zwingenden Gründen außerhalb des Wahlbezirks aufhält, weil er auf einer geschäftlichen Reise ist, weil er an einem anderen Ort sich einer Kur unterziehen muß, weil er aus anderen Gründen nicht in seinen Wahlbezirk zurückkommen kann, der besorge sich rechtzeitig einen Stimmschein. Der Stimmschein ist bei der Gemeindebehörde gegen Ausweis erhältlich.

† **Verhaftete Wahlkandidaten.** Der Spitzenkandidat des bayerischen Mittelstandes, Bürgermeister Pfeiffer, wurde auf einer Wahlreise in Lindau von der bayerischen Grenzpolizei vorübergehend verhaftet, weil sie ihn fälschlich für einen Schwindler hielt. In der Pfalz verhafteten die Franzosen den Landtagskandidaten der Deutschen Volkspartei, Bürgermeister Minges.

† **Österreichische Sozialistenführer als Wahlredner in Deutschland.** Die Führer der deutschösterreichischen Sozial-

Beschlüsse der Reparationskommission.

Paris, 30. April.

Nachdem die Reparationskommission heute vormittag 10½ Uhr zunächst zu einer offiziösen Sitzung zusammengetreten war, hat sie im Anschluß daran eine offizielle Sitzung abgehalten und beschlossen:

1. **sofort das Organisationskomitee für die Deutsche Reichseisenbahngesellschaft zu bilden und zu diesem Zweck die beiden Sachverständigen Acworth und Le Verve zu ersuchen, persönlich an den Arbeiten dieses Komitees teilzunehmen;** 2. **Sir Robert Kinderley als Mitglied des Komitees für die Organisation der Reichsemissionsbank** zu bezeichnen und 3. **zu ernennen Alfred Descamps, Verwaltungsrat der Banque général du Nord und Präsident der Handelskammer zu Lille, sowie Dr. Alberto Pirelli, Industrieller (Italien) zu Mitgliedern des Organisationskomitees für industrielle Obligationen.**

Renner, Dr. Otto Bauer und Dr. Karl Renner, der frühere Bundeskanzler, begaben sich nach Berlin, um am 1. und 2. Mai in einer Anzahl sozialdemokratischer Wählerversammlungen Reden zu halten.

† **Über die Aufgaben des neuen Reichstages** sprach der bayerische Justizminister Dr. Gürtner in einer Deutschnationalen Wahlversammlung in München. Es werde die erste Aufgabe der neuen Reichsregierung sein, dem deutschen Volke seinen guten Namen wiederzugeben. Das Schuldbekenntnis im Versailler Vertrag sei der Nesttitel, aus dem sich die Vernichtungsforderungen der Feinde herleiten. Was das Reparationsgutachten anbelangt, so müsse maßgebend sein, daß keine Verpflichtungen übernommen werden, die man nicht halten könne. Vor allem komme man in der Reparationsfrage nicht um Fingerbreite weiter, bis das besetzte Rhein- und Ruhrgebiet wieder frei sei.

† **Dr. Bell über den Friedensvertrag.** Der ehemalige Reichsminister Dr. Bell, der bekanntlich den Versailler Friedensvertrag mitunterzeichnete, erklärte in einer Zentrumsversammlung in Bonn, er müsse jetzt bei der verbreiteten Unklarheit über die historische Entwicklung Tatsachen mitteilen, die er sich eigentlich bis nach seinem Tode vorbehalten habe. Die Friedensresolution von 1917 sei damals mit Wissen und Willen der Obersten Heeresleitung eingebracht worden. Hindenburg und Ludendorff hätten daran mitgewirkt. Hindenburg hatte nur in bezug auf die Form des Beschlusses „es müsse etwas mehr Pfeffer hineingetan werden". Erzberger habe für den Abschluß des Waffenstillstandes unbeschränkte Vollmachten gehabt und die Weisung der Obersten Heeresleitung, einen Waffenstillstand um jeden Preis abzuschließen. Erzberger habe keinen Schritt getan, ohne sich vorher ins Benehmen zu setzen, sowohl mit der Reichsregierung wie mit der Obersten Heeresleitung.

† **Propagandakuriosum.** Die Deutsche Volkspartei läßt in Berlin Streichhölzer zum Abreißen gratis verteilen. Der Umschlag ist mit Aufforderungen bedruckt, die Kandidaten der Deutschen Volkspartei zu wählen.

† **Vizekanzler Dr. Jarres** sprach in einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei in Görlitz über „Außenpolitische Verhandlungen und Westfragen". Er betonte, daß die Reichsregierung pflichtgemäß, um die Zeit richtig auszunutzen, die vorläufige Stellungnahme zu den Sachverständigengutachten habe nehmen müssen. Damit sei jedoch keineswegs der Entscheidung des Reichstages vorgegriffen. Die Reichsregierung und der zukünftige Reichstag ständen in voller Freiheit noch der endgültigen Entscheidung gegenüber.

† **Der preußische Ministerpräsident Otto Braun** trat in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung in Wesel zugunsten der Mittelparteien ein, denen er am Wahltage Glück wünschte, damit im Reiche durch den kommenden Reichstag die große Koalition gebildet werden könne. Ferner legte er ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Pazifismus ab.

† **Die Rundfunkrede des Grafen Westarp** in Berlin für die Deutschnationale Volkspartei wandte sich gegen die Forderungen des Sachverständigengutachtens. Der Wahlaufruf der Regierung werfe der Rechten vor, sie peitsche in dem Kampfe gegen das Sachverständigengutachten die Leidenschaften des deutschen Volkes auf. Wenn man allerdings mit der Wahrheit über dieses Gutachten das deutsche Volk nicht mehr zur leidenschaftlichen Empörung aufrufen könne, dann sei es mit dem deutschen Volke überhaupt vorbei. Graf Westarp schloß mit den Worten Helfferichs: „Wir wollen keine neuen Ketten, auch nicht die goldenen Ketten des internationalen Finanzkapitals. Das deutsche Volk will nicht den Schein der Freiheit, es will die Freiheit selbst."

Fürst Bülows 75. Geburtstag.

Zum 3. Mai.

Am 3. Mai wird Fürst Bernhard von Bülow, der ehemalige deutsche Reichskanzler, 75 Jahre alt. Er wurde am 3. Mai 1849 als Sohn des Staatsmannes Bernhard Ernst von Bülow, des damaligen Gesandten für Holstein und Lauenburg beim Bundestag und späteren Gesandten der beiden Großherzogtümer Mecklenburg beim preußischen Hof, in Klein-Flottbeck (Holstein) geboren, studierte die Rechte, wurde nach dem deutsch-französischen Kriege Offizier, kehrte aber bald zur Justiz zurück und ging nach längerer Tätigkeit beim Bezirkspräsidium in Metz in den diplomatischen Dienst über. Nachdem er dann in verschiedenen hohen diplomatischen Stellungen beschäftigt worden war, wurde er 1893 zum deutschen Botschafter in Rom (beim Quirinal) ernannt. Im Sommer 1897 wurde er mit der Stellvertretung des Freiherrn v. Marschall beauftragt und wenige Monate später zum Staatssekretär des Äußern ernannt. Nach dem Abschluß des Vertrages mit Spanien über die Abtretung der Marianen und Karolinen wurde er im Juni 1899 in den Grafenstand versetzt und am 17. Oktober 1900, nach dem Rücktritt Hohenlohes, zum Reichskanzler, preußischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen ernannt.

Bülows Reichskanzlerzeit ist noch so lebhaft in aller Erinnerung, daß auf sie im Rahmen dieses Gedenkblattes nicht besonders hingewiesen zu werden braucht. Im Juni 1905 verlieh ihm der vormalige Kaiser, der mit ihm persönlich befreundet war, die erbliche Fürstenwürde. Die Freundschaft zwischen Kaiser und Kanzler kühlte sich jedoch später etwas ab, und als es dem Reichskanzler nicht gelang, die geplante Reichsfinanzreform mit dem damaligen „Reichstagsblock" durchzuführen, mußte er nach fast neunjähriger Wirksamkeit am 14. Juli 1909 zurücktreten. Die Berliner Akademie der Wissenschaften ehrte ihn 1910 durch Ernennung zum Ehrenmitglied. Während des Weltkrieges ist der Name des Fürsten dann noch wiederholt genannt worden: man brachte ihn mit allen möglichen diplomatischen Missionen in Verbindung, aber es handelte sich immer nur um unkontrollierbare Gerüchte, und der ehemalige Kanzler ist bis zum heutigen Tage im wohlverdienten Ruhestand verblieben.

Fürst Bülow war in den Parlamenten ein ausgezeichneter, sehr schlagfertiger Redner und einer von den wenigen Reichskanzlern, die auch über eine gute Dosis Humor verfügten. Verheiratet ist er mit einer Fürstin Camporeale, der Stieftochter des hervorragenden italienischen Staatsmannes Marco Minghetti. Er lebt abwechselnd in Klein-Flottbeck an der Elbe und in der Villa Malta in Rom, die er, wie es vor längerer Zeit hieß, verkauft hat, aber bis an sein Lebensende bewohnen darf.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Stärkung des Gewerkschaftsrings.) Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter ist zu dem Allgemeinen Eisenbahner-Verband übergetreten. Die Eisenbahnersäule in dem von dem demokratischen Abgeordneten Erkelenz geführten Gewerkschaftsring, der Allgemeine Eisenbahner-Verband, erfährt durch diesen Übertritt eine wesentliche Verstärkung innerhalb der deutschen Eisenbahnerbewegung. Gleichfalls teilt der Gewerkschaftsring mit, daß sich die Arbeitsgemeinschaft der Vereine der Köche in Berlin dem Verband der Deutschen Gewerkvereine und damit auch dem Gewerkschaftsring angeschlossen hat.

Berlin. (Tarifvertrag für Reichsangestellte.) Die Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages für die Angestellten bei der Reichsverwaltung wurden im Reichsfinanzministerium zu Ende geführt. Der neue Reichsangestellten-Tarifvertrag wird im Reichsbesoldungsblatt veröffentlicht. Er tritt mit dem 1. April 1924 in Kraft.

Essen. (Abgelehnter Schiedsspruch.) Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hat den vom Schlichter Mehlich gefällten Schiedsspruch betreffend Überarbeit und Rahmentarif abgelehnt.

Dortmund. (Einigung im westfälischen Baugewerbe.) In den Verhandlungen, die in Elberfeld zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und den Gewerkschaften stattfanden, wurde beschlossen, hinsichtlich der Arbeitszeit es bei der bisherigen Regelung zu belassen. Die Löhne der Maurer wurden auf 68 und die der Zimmerleute auf 70 Pfennig für die Stunde heraufgesetzt. Eine Aussperrung kommt nicht mehr in Betracht.

Hamburg. (Schiedsspruch im Seeschiffahrtsstreik.) In dem jetzt nahezu drei Monate währenden Streik auf den Seeschiffahrtswerften wurde ein Schiedsspruch gefällt. Danach soll mit Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage bis zum 31. Dezember d. J. die Arbeitszeit über den normalen Achtstundentag hinaus auf 54 Stunden wöchentlich ausgedehnt werden. Das erhöhte Lohnangebot der Werften an die Arbeiter wird um weitere zwei Pfennig für die Stunde und für die neunte Stunde um drei Pfennig heraufgesetzt. Die beiden Parteien haben ihre Zustimmung bis Dienstag nächster Woche zu erklären.

Gelsenkirchen. (Abgelehnte Arbeitszeitverlängerung.) Eine in Bochum abgehaltene Revierkonferenz des alten Bergarbeiterverbandes hat mit 116 gegen 62 Stimmen einen Beschluß gefaßt, wonach der am 28. April gefällte Schiedsspruch über die Arbeitszeitverlängerung im Bergbau abgelehnt wird. Gleichzeitig wurde beschlossen, nur noch die siebenstündige Schicht zu verfahren.

Münster i. W. (Schiedsspruch im Holzarbeiterstreik.) Wegen Lohndifferenzen und wegen der Arbeitszeitfrage wurde in Münster seit Mitte April in den Holzbetrieben gestreikt. Auf diese Teilstreiks antworteten die Arbeitgeber mit der Aussperrung. Jetzt hat der Schlichter einen Schiedsspruch gefällt, der von beiden Parteien angenommen wurde. Die Arbeit ist unverzüglich wiederaufzunehmen. Maßregelungen sind nicht statt. Der Durchschnittslohn für Facharbeiter über 22 Jahre beträgt ab 22. April d. J. 55 Pfennig. Für die Mehrarbeit von wöchentlich vier Stunden wird ein Zuschlag von 10 % gezahlt.

Berlin. (Die Krise im Baugewerbe.) Der Streik und die Aussperrung im Groß-Berliner Baugewerbe umfassen gegenwärtig 20 000 Personen. Nach Lage der Dinge ist mit einer langen Dauer des Streiks und der Aussperrung zu rechnen.

Essen. (Arbeitszeit im Ruhrbergbau.) Unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mehlich und im Beisein des Reichsarbeitsministers ist über die Arbeitszeitfrage im rheinisch-westfälischen Bergbau ein Schiedsspruch gefällt worden. Danach beträgt die Schichtdauer der Arbeiter unter Tage vom Beginn der Seilfahrt bis zu ihrem Wiederbeginn im allgemeinen acht Stunden, an Arbeitspunkten mit einer Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius 7 bis 7½ Stunden. Die Arbeiter über Tage, die unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, arbeiten neun Stunden. Diese Regelung gilt ab 1. Juni 1924. Bis dahin verbleibt es bei der bisherigen Arbeits- und Schichtzeit. In den übrigen durchgehenden Tagesbetrieben wird die reine Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich festgesetzt. Diese Regelung gilt bis zum 1. Oktober.

Essen. (Abgelehnter Schlichtungsspruch im Ruhrgebiet.) Der Zechenverband hat den am 23. April gefällten Schiedsspruch des Schlichters, der eine Lohnerhöhung im Ruhrkohlenbergbau um 15 % vorsah, abgelehnt.

München. (Aussperrung im bayerischen Baugewerbe.) Der geschäftsführende Vorstand des bayerischen Baugewerbe-Verbandes beschloß einstimmig, am 2. Mai sämtliche Bauarbeiter in Bayern auszusperren. Für 1200 Betriebe kommen rund 50 000 Bauarbeiter in Frage. Die Aussperrung ist eine Folge des gegenwärtig andauernden Bauarbeiterstreikes, der etwa 60 % der bayerischen Bauarbeiter umfaßt.

Verteuerung der Lebenshaltung.

Im Vergleich zum März d. J. hat sich im Durchschnitt des April eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 3,7 % vollzogen, die in erster Linie durch die Erhöhung der Wohnungskosten um 56,7 % gegen den Vormonat verursacht wurde. Die Verbilligung der Ernährung um 0,7 % im Laufe des Berichtsmonates fiel trotz der großen Bedeutung, die ihre Kosten (mit 50 % von insgesamt) im Rahmen der gesamten Rechnung besitzen, bei der Mietssteigerung nicht ins Gewicht.

*

Unveränderte Großhandelspreise.

Die auf den Stichtag des 29. April berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 22. April (124,3) mit 124,2 nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 109,7 auf 110,6 oder um 0,8 %, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 91,0 auf 93,3 oder um 2,5 %, während die Industriestoffe von 151,7 auf 149,6 oder um 1,4 % nachgaben (davon die Gruppe Kohle und Eisen mit 141,7 nahezu unverändert); die Inlandswaren zogen von 112,2 auf 113,3 oder um 1 % an, die Einfuhrwaren sanken von 185,1 auf 178,6 oder um 3,5 %.

Börse und Handel.

Unerhebliche Kursveränderungen.

* Berlin, 2. Mai.

Verschiedentlich machte sich heute nach den Kurssteigerungen der letzten Tage etwas Realisationslust bemerkbar, so daß die Kursbildung bei andererseits sich fortsetzenden Deckungen und Auslandskäufen nicht einheitlich, im allgemeinen aber doch als gut behauptet zu bezeichnen war. Gerüchte von Zahlungsverlegenheiten im Warenhandel in Berlin und Hamburg sowie auch die Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen ließen die Geschäftstätigkeit wieder zurückgehen. Die Kursveränderungen sind allgemein nicht erheblich und gingen nur vereinzelt über 1 Billion % nach oben und unten hinaus.

Was kosten fremde Werte?

In Billionen Mk. Ohne Gewähr.

Börsenplätze	2. 5. gesucht	2. 5. angeb.	1. 5. gesucht	1. 5. angeb.
100 Holland	157,85	158,65	157,36	158,14
100 Dänemark	71,22	71,58	71,02	71,38
100 Schweden	111,22	111,68	111,12	111,68
100 Norwegen	58,25	58,55	58,15	58,45
100 Finnland	10,52	10,58	10,52	10,58
1 Amerika	**4,19**	**4,21**	**4,19**	**4,21**
1 England	18,455	18,545	18,405	18,495
100 Schweiz	74,61	74,99	74,81	75,19
100 Frankreich	27,23	27,37	27,23	27,37
100 Belgien	22,94	23,06	22,94	23,06
100 Italien	18,85	18,95	18,85	18,95
100 Tschechien	12,46	12,54	12,46	12,54
100T Österreich	5,98	6,02	5,98	6,02
100T Ungarn	5,23	5,27	5,23	5,27

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	2. 5.	1. 5.
Weiz., märk.	170-174	170-175
pommerscher	—	—
Rogg., märk.	128-134	127-134
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Braugerste	170-188	170-190
Futtergerste	150-160	155-170
Hafer, märk.	125-132	126-135
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. ü. Not.)	24-26	24,2-26
Roggenmehl p. 100 Kil. fr. Berl. brutto inkl. Sack	20-22	19,7-22

	2. 5.	1. 5.
Weizkl. f. Brl.	10,2	10,4
Rogkl. f. Brl.	8,9-9	8,9-9,1
Raps	310	310
Leinsaat	410	410
Viktor.-Erbs.	26-27	26-27
kl. Speiseerbs.	15-16	15-16
Futtererbsen	12-13	12-13
Peluschken	11-12	11-12
Ackerbohnen	14-16	14-16
Wicken	12-13	12-13
Lupin., blaue	12-12,5	12-12,5
Lupin., gelbe	16	16-16,5
Seradella	12-13,5	12-13,5
Rapskuchen	11,2	11,2
Leinkuchen	21	21
Trockenschtzl.	10,6	10,5
vw. Zuckschn.	—	—
Torfml. 30/70	—	8,6
Kartoffelfl.	24,8-25	24,5-25

* **Rauhfutter.** Berlin, 2. Mai (amtlich). Erzeugerpreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station in Goldmark: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh (Quadratballen) 1,15—1,35, desgl. Haferstroh 1,00—1,15, desgl. Gerstenstroh 0,95—1,15, Roggenlangstroh und bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh je nach Frachtlage, Häcksel 1,50 bis 1,70, handelsübl. Heu 1,50 bis 1,80, gutes Heu 2,00—2,25, Mielitzheu lose 1,20—1,50.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Ein Polizeioberleutnant als Spion.** Der Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichtes verurteilte den 27 Jahre alten Polizeioberleutnant Adolf Bachner wegen Spionage zugunsten Frankreichs und Polens zu 12 Jahren Zuchthaus. Bachner war in Kattowitz mit dem französischen Kapitän de Roux, der dort ein Nachrichtenbureau unterhielt und Arbeiter ins Ruhrgebiet entsandte, in Verbindung getreten und hatte ihm in 30 Briefen allerhand Mitteilungen gemacht, deren Geheimhaltung im Interesse des Deutschen Reiches gelegen war.

§ **Der Sohn des Oberzeremonienmeisters als Einbrecher.** Vor einem Berliner Schöffengericht standen unter der Anklage, zahlreiche Pelz- u. Teppichdiebstähle verübt zu haben, drei Einbrecher, darunter Karl Wilhelm Alexander von Kendell, der Sohn des kürzlich verstorbenen Oberzeremonienmeisters Wilhelms II. Kendell, der früher Artillerieoffizier war, hatte zuerst Einbrüche bei seinen Angehörigen verübt, war dann wegen Fahnenflucht vom Kriegsgericht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden und wandte sich schließlich, nachdem er in der Irrenanstalt Düsseldorf eingesperrt gewesen, von dort aber wieder entlassen worden war, ganz der Verbrecherlaufbahn zu. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 13 Monaten Untersuchungshaft und die Mitangeklagten zu 2½ Jahren und 2 Jahren Gefängnis.

§ **Anders als die andern.** Das Schöffengericht München verurteilte den Prinzen Max Maria von Hohenlohe-Luxemburg wegen homosexueller Verfehlungen zu zehn Monaten Gefängnis.

§ **Ende der Hitlerprozesse.** Die Reihe der sogenannten „kleinen Hitlerprozesse" ist mit dem letzten Prozeß gegen die Mitglieder des Stoßtrupps so ziemlich abgeschlossen. Es stehen noch aus die Verhandlungen gegen den Grafen du Moulin-Eckart und den Leutnant Neunzert, die auf den 8. Mai anberaumt worden sind. Gegen eine Reihe weiterer Teilnehmer am Putsch vom 8. November kann das Verfahren nicht durchgeführt werden, weil sie ins Ausland geflüchtet sind. Hauptmann Goehring, der als militärischer Befehlshaber am 8. November eine große Rolle gespielt hat, soll sich in Salzburg aufhalten und beabsichtigen, nach Schweden auszuwandern. Es ist damit zu rechnen, daß das Volksgericht München I nach Erledigung der Prozesse als letztes Volksgericht am 15. Mai aufgehoben werden wird.

§ **Ein neuer Rahardt-Prozeß.** Gegen den früheren Ehrenobermeister der Berl. Handwerkskammer Karl Rahardt, der demnächst die gegen ihn im Dezember 1922 erkannte Gefängnisstrafe verbüßt haben wird, ist eine neue Anklage wegen Untreue, Betrugs, Diebstahls, Preistreiberei und Kettenhandels erhoben worden. Der Prozeß, der sich noch gegen mehrere andere Personen richtet, soll angeblich vier bis sechs Wochen dauern.

§ **Französische Justiz in Deutschland.** Von dem französischen Kriegsgericht in Wiesbaden wurden zwei Arbeiter, die aus einem aufgebrochenen Güterwagen im Bahnhof Kaiserslautern zehn Ballen Stoff gestohlen hatten, zu zehn und fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Ein 17jähriger Bursche, der ihnen geholfen hatte, erhielt zwei Jahre Gefängnis und Strafaufschub. Einer der Verurteilten ist in das unbesetzte Gebiet geflüchtet.

§ **Zehn Jahre Gefängnis für einen amerikanischen Gouverneur.** McCray, der Gouverneur des Staates Indiana, ist zu zehn Jahren Gefängnis und 10 000 Dollar Geldstrafe verurteilt worden, weil er die Post zur Förderung betrügerischer Pläne mißbraucht hatte.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. **Das beste deutsche „Hindernispferd" tödlich verunglückt.** Bei dem Hindernisrennen, das am 1. Mai in Berlin-Karlshorst stattfand, mußte „König Mudas", der beste Steepler auf deutschen Hindernisbahnen, sein Leben lassen. Das Pferd, das Herrn Richard Oswald (von der Oswald-Film-Gesellschaft) gehörte, hatte im Residenz-Jagdrennen seine Gegner in verblüffendem Stil abgekantert, als es sich beim Absatteln losriß und über die eiserne hohe Umspannung des Führringes so unglücklich sprang, daß es mit schweren inneren Verletzungen liegen blieb. Eine Viertelstunde später verendete es.

Sp. **Carpentiers Wiener „Sieg".** Der mit Pauken und Trompeten und mit allen anderen Radauinstrumenten einer widerlichen Reklame schon vor Wochen angekündigte

Wiener Boxkampf des Franzosen Carpentier gegen den Engländer Townley hat nun doch stattgefunden. Er mußte bekanntlich letzthin abgesagt werden, weil die Unternehmer sich bei dem Verkauf von Eintrittskarten, für die geschwollene Preise angesetzt worden waren, stark verrechnet hatten und mit einem Defizit allerersten Ranges rechnen mußten. Carpentier hat, wie man erwarten durfte, den Engländer k. o. geschlagen, und zwar schon in der zweiten Runde. Der ganze Boxkampf war nämlich ein Mätzchen, und Townley ein „unebenbürtiger" Gegner. Die Jury der österreichischen Faustkämpfervereinigung hat aber trotzdem gegen die Entscheidung des französischen Schiedsrichters protestiert, weil Townley noch mit einem Knie auf dem Boden war, als ihm Carpentier den letzten Hieb versetzte. Es kann nun leicht geschehen, daß der „große Franzose" disqualifiziert wird.

Sp. **Neue amerikanische Schachturnierpläne.** Aus Amerika kommt die Kunde von neuen Schachmeisterturnieren, die drüben geplant werden. Ein Mäzen will in einem amerikanischen Seebad im Mai 1925 ein Sechsmeister-Vierrundenturnier finanzieren, zu dem die vier Sieger von Newyork und zwei andere Großmeister eingeladen werden sollen. Auch in Detroit soll 1925 ein internationales Turnier stattfinden. Wie man jetzt erfährt, hat Dr. Emanuel Lasker auf dem Newyorker Turnier seine zweite Partie gegen Capablanca, bei der leicht ein Remis zu erzielen war, in Zeitnot verloren.

Sp. **Meisterflug eines französischen Fliegers.** Die Franzosen sind mit Recht stolz auf die Leistung eines jungen Fliegers, der die amerikanischen und englischen Leistungen im Fluge um die Welt weit übertroffen hat. Am 24. April verließ der Leutnant Peltier d'Oisy mit dem Mechaniker Vésin in einem französischen Militärflugzeug Frankreich, um, wie er ankündigte, nach Indochina und Japan zu fliegen. Am ersten Tage landete er in Bukarest (über 1900 Kilometer), am 25. April traf er in Aleppo ein (1200 Kilometer), am 26. in Bagdad (750 Kilometer). Sonntag und Montag wurde in zwei Flügen von 860 und 520 Kilometern Bender-Abbas in Persien erreicht. Die letzte Depesche des Aviatikers meldete, daß er in Bagdad die portugiesischen Flieger überholt habe, die sich gleichfalls auf einem Fluge um die Welt befinden, und daß er die Reise von Bender-Abbas nach Karachi in Britisch-Ostindien fortsetzen wolle. Dort ist er inzwischen eingetroffen. Sein Rekordflug von Europa nach Indien dauerte im ganzen 38½ Stunden.

Welt und Wissen.

w. **Esperanto als Schulfach.** Die Schweiz will die „Einheitssprache" Esperanto auch in weiteren Kreisen des Volkes verbreiten. Schon vor zwei Jahren hat die Schuldirektion Genf den Unterricht in Esperanto in den oberen Schulklassen eingeführt. Zwei Unterrichtsstunden in der Woche haben nach den jetzt abgeschlossenen Erfahrungen die Schüler so weit gefördert, daß sie nach neun Monaten Esperanto in Wort und Schrift vollständig beherrschen.

w. **Die Explosion als Experiment.** Drei Tonnen Melinit aus den französischen Heeresbeständen sollen zu wissenschaftlichen Versuchen verwendet werden. Eine Tonne soll am 15. Mai in dem Lager von La Courtine zur Entzündung gebracht werden. Gelehrte aus allen Teilen Frankreichs werden sich bei der Messung der Stärke der Erschütterung, bei der Beobachtung der Richtung und der Kraft der Schallwellen usw. beteiligen. Auf drahtlosem Wege wird der Augenblick der Explosion überallhin mitgeteilt und auch das Publikum soll an das Pariser Observatorium berichten, wann es die Erschütterung wahrgenommen hat. Außerdem will man Versuche an Tieren vornehmen, um die Reaktion des tierischen Blut- und Nervensystems auf die Erschütterung festzustellen. Man hofft, auf diese Weise die wirklichen Ursachen für die Nervenerschütterungen, die im Kriege so oft durch Granaten hervorgerufen wurden, zu finden.

Mai!

O Maienzeit! So kehrst du wieder!
Auf Zephyrs Schwingen schwebst du nieder
zur Erde, die dich flüchtig hält.
Hoch aus dem lichtdurchglühten Blauen
trägst du den Lenz in uns're Auen,
die Schönheit einer besser'n Welt.

Was lebt, fühlt sich dir hingegeben,
lebt neu in dir ein Blütenleben,
erhaben über Zeit und Raum!
Du trägst in deinen Schöpferarmen
das Werden und das Allerarmen,
das frohe Wachen und den Traum.

Wilhelm Leufen

w. **Eine Brüskierung der deutschen Wissenschaft.** Die ägyptische Regierung hatte an Deutschland eine Einladung zur Beschickung der im Jahre 1925 in Kairo stattfindenden internationalen Geographen- und Ethnologenkongresses ergehen lassen. Die „Union Geographique Internationale" in Brüssel, der die Leitung des Kongresses übertragen wurde, hat jedoch jetzt auf sehr unfeine Weise diese Einladung für null und nichtig erklärt. Die deutschen diplomatischen Vertretungen in den Ländern, die während des Krieges neutral waren, haben den Auftrag erhalten, diesen Sachverhalt zum Gegenstand mündlicher Darlegungen bei den betreffenden Regierungen zu machen.

w. **Umwälzende Erfindung in der optischen Industrie?** In den Lynn-Werken der General Electric Co. in Newyork ist ein neuer lichtdurchlässiger Stoff, der Glas an Transparenz weit übertrifft und nach den Ankündigungen die optische Wissenschaft und Technik revolutionieren wird, ausgestellt. Der neue Stoff, der als eine Art klarer, geschmolzener Quarz bezeichnet wird, besitzt eine Lichtdurchlässigkeit von 90 % gegenüber den 65 % der besten optischen Gläser. Der Entdecker Edward Berry, zweiter Direktor der Lynn-Werke, stellte einen Kubikmeter des neuen Stoffes zur Schau. Der Stoff ist aus brasilianischen Kristallen gewonnen, die in besonderen elektrischen Öfen unter hohem Druck geschmolzen wurden. Der Herstellungsprozeß dauert nur 80 Minuten. Es können alle beliebigen Quantitäten hergestellt werden.

w. **Schlechte Nachrichten von der Everesterpedition.** Die neue englische Expedition, die seit März unterwegs ist, um den Everest, den noch immer unerstiegenen höchsten Erdgipfel zu erobern, hat einen schweren Schlag erlitten. Der Führer der Expedition, Bruce, von dessen Energie das Gelingen des Unternehmens fast ganz abhängt, ist am 14. April unter Malariafieber zusammengebrochen und mußte zurückgeschafft werden. Es besteht keine Aussicht, daß er zu der Expedition, die ihren Weg trotzdem fortsetzt, wird zurückkehren können. Bisher hat diese dritte Everesterpedition, die sich schon wieder in Höhen von 5500 bis 6000 Metern befindet, sehr günstige Wetter verhältnisse gehabt.

w. **Fritz Reuters 50. Todestag.** Zur 50. Wiederkehr des Todestages Fritz Reuters (12. Juli) rüstet ganz Mecklenburg für eine allgemeine Landes- und Volksfeier. In allen mecklenburgischen Städten, Schwerin und Rostock an der Spitze, sind Huldigungsakte geplant. In Schwerin finden Gedächtnisfeiern im Landestheater statt, denen sich Vorlesungen aus Reuters Werken und Aufführungen der niederdeutschen Bühne anschließen werden.

w. **Siebenhundertjahrfeier der Universität Neapel.** Im Jahre 1224 wurde von dem Hohenstaufen-Kaiser Friedrich II. die Universität Neapel gegründet: die berühmte Hochschule, die unter allen italienischen Universitäten die höchste Besucherzahl aufweist, kann also jetzt auf ein siebenhundertjähriges Bestehen zurückblicken. Zur Teilnahme an den Jubiläumsfestlichkeiten, die in diesen Maitagen stattfinden, hat die Universität im Dezember vorigen Jahres alle Hochschulen Italiens und des Auslandes eingeladen. Auch Deutschland ist durch eine besondere Abordnung vertreten. Es muß jedoch erwähnt werden, daß die bayerische Akademie der Wissenschaften eine Beteiligung an derartigen „internationalen Festen der Humanität" ablehnt, „solange sich das deutsche Volk infolge des Friedensdiktates von Versailles und fortdauernder französischer Vergewaltigung in der Lage eines rechtlosen Parias befindet." Eingeleitet wurde die Feier durch verschiedene Kongresse, medizinische und philosophische. Es sind nicht weniger als 200 Vorträge angemeldet, und es sollen zwei Jahrestage festlich begangen werden: die 650. Wiederkehr des Todestages des berühmten Scholastikers und Philosophen Thomas von Aquino, der einst in Neapel lehrte, und der 200. Geburtstag Immanuel Kants. Von deutschen Gelehrten sollen Vorträge halten: Professor Liebert, Präsident der Kantgesellschaft, Professor Albert Einstein (über die letzten Ergebnisse seiner Relativitätstheorie) und Professor Hans Driesch (über die fundamentalen Probleme des organischen Lebens im Lichte der philosophischen Betrachtung).

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 4. und 5. Mai.

Sonnenaufgang 4^{25} (4^{24}) | Mondaufgang 5^{11} V. (5^{39} V.)
Sonnenuntergang 7^{29} (7^{31}) | Monduntergang 7^{50} N. (8^{51} N.)

4. Mai. 1521 Luther wird auf Veranlassung Friedrichs des Weisen auf die Wartburg gebracht. — 1776 Philosoph Johann Friedrich Herbart geb. — 1810 Dichter und Schriftsteller Robert Griepenkerl geb. — 1814 Ankunft Napoleons auf Elba. — 1846 Polnischer Schriftsteller Henryk Sienkiewicz geb. — 1915 Italien kündigt den Dreibundvertrag. — 1917 Beginn der „Maischlacht" in Mazedonien. — 1921 Allgemeiner polnischer Aufstand in Oberschlesien. — 1923 Beginn des Krupp-Prozesses in Werden.

5. Mai. 1818 Sozialist Karl Marx geb. — 1821 Napoleon I. gest. — 1869 Komponist Hans Pfitzer geb. — 1895 Naturforscher Karl Vogt gest. — 1920 Maler Karl Röchling gest.

☐ **Besserung der Wetterlage.** Die letzte Aprilwoche hat uns noch einmal alle Schikanen des Aprilwetters auskosten lassen: Regen und Wind, dazwischen zur Abwechslung einige kräftige Frühlingsgewitter mit Hagelschlag, ließen auch in dieser letzten Woche des launischen Monats das Thermometer nicht höher steigen. Erst am 30. April machten sich die ersten Anzeichen eines Witterungsumschlages bemerkbar. Während wir bisher dauernd im Bereiche von Tiefdruckwirbeln lagen, scheint es jetzt, als ob wir an die Ost- oder Südseite eines umfangreichen Hochdruckgebietes kommen sollten. Die Folge davon wäre, daß wir mit östlichen bis südlichen Winden zu rechnen hätten. Wenn auch die Temperaturen nachts noch recht erheblich sinken dürften, so ist doch für die Mittagsstunden mit gelinderem Wetter zu rechnen. Jedenfalls hat sich die allgemeine Wetterlage verbessert, so daß man hoffen darf, daß der „Wonnemonat" seinen Namen diesmal nicht zu Unrecht führt.

☐ **Personalausweise bei Reisen auf Freifahrschein.** Vom 15. Mai ab müssen alle auf Freifahrausweis reisenden Personen im Besitze eines Personalausweises mit Lichtbild sein. Der von der Polizeibehörde des Heimatortes der betreffenden Person ausgestellte Ausweis ist den Eisenbahnkontrollorganen an den Bahnsteigsperren und im Zuge in Verbindung mit dem Freischein ohne Aufforderung vorzuzeigen. Freischeine sind ungültig, wenn der Personalausweis nicht vorgelegt werden kann.

☐ **Vorläufig noch keine Aufwertung der Sparkassenguthaben.** Die in der dritten Steuernotverordnung vorgesehene Aufwertung der Sparkassenguthaben soll für die Sparkassengläubiger noch nicht in die Erscheinung treten. Der preußische Minister des Innern hat die Aufsichtsbehörden der Sparkassen ersucht, an die öffentlichen Sparkassen die Anordnung ergehen zu lassen, daß sie von Vereinbarungen und Beschlüssen über die Aufwertung von Sparkassenguthaben zunächst absehen, bis die Durchführungsbestimmungen zum § 7 der dritten Steuernotverordnung erlassen sind. Bevor über die Aufwertung entschieden wird, soll über die gesamte Aufwertungsfrage für alle Sparkassen Klarheit geschaffen werden.

Gemeinde- und Reichstagswahl.

Die Wahlen zur Gemeindevertretung und zum Reichstage finden am Sonntag, den 4. Mai 1924 in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt.

Die Wahlhandlung ist öffentlich.

Es sind 4 Abstimmungsbezirke gebildet.

Nummer des Stimmbezirks für die Reichstagswahl	Namen der zum Stimmbezirk gehörigen Straßen	Name des Abstimmungsvorstehers	Name des Stellvertreters	Bezeichnung des Abstimmungsraumes
148	Brockau I umfaßt: 1. Große Koloniestraße, 2. Kleine Koloniestraße, 3. Wehrmannstraße, 4. Feldstraße mit Baracken,	Lokomotivführer a. D. Richard Müller in Brockau	Wagenmeister Adolf Else in Brockau	Genossenschafts-Restaurant in Brockau, Große Koloniestraße 4
149	Brockau II umfaßt: a) Gutsbezirk Brockau b) aus dem Gemeindebezirk Brockau: 1. Hauptstraße, 2. Schulstraße, 3. Walterstraße m. Mühlberg, 4. Bahnhofstraße, 5. Kirchstraße, 6. Pfarrhaus u. Schulhaus,	Gemeindevorsteher Dr. Pause in Brockau	Werkstättenvorsteher Oskar Klose in Brockau	Baums' Gasthaus in Brockau, Hauptstraße 1
150	Brockau III umfaßt: 1. Breslauerstraße 2. Gartenstraße, 3. Heydebrandstraße, 4. Hatzfeldstraße, 5. Wasserwerk,	Vorschlosser Emanuel Kudella in Brockau	Lehrer Georg Nentwich in Brockau	Adlers Gasthaus in Brockau, Bahnhofstraße 5
151	Brockau IV umfaßt: 1. Lieresstraße, 2. Güntherstraße, 3. Parkstraße, 4. Parkplatz, 5. Ahornweg. 6. Grüner Weg, 7. Baumschulenweg, 8. Scholz'sche Ansiedlung, 9. Benkwitzer Allee, 10. Uebernachtungslokal und Rangierbahnhof.	Rendat Albert Groß in Brockau	Rangierführer Hermann Freyer in Brockau	Hielschers Etablissement in Brockau, Hauptstraße 12.

Gewählt wird mit Stimmzetteln in amtlich gestempelten Umschlägen. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

Die Stimmzettel sind für beide Wahlen amtlich hergestellt, sie enthalten alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge, die Partei und die Namen der ersten vier Bewerber jedes Vorschlages. Der Stimmberechtigte bezeichnet bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz oder in sonst erkennbarer Weise den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will. Stimmzettel, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, sind ungültig.

Der Stimmzettel ist von dem Wähler in einem mit amtlichen Stempel versehenen Umschlag, der kein unzulässiges Kennzeichen haben darf, abzugeben. Laut Gemeindebeschluß soll die Größe der Stimmzettel für die Gemeindewahl 12×13 cm betragen.

Die amtlich hergestellten Einheitsstimmzettel werden im Wahlraum ausgegeben.

Andere Stimmzettel dürfen im Wahlraum weder ausgelegt noch verteilt werden.

Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wähler. Ansprachen darf niemand darin halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen.

Zur Stimmabgabe zuzulassen sind nur Personen, die in der Bürgerliste eingetragen oder im Besitz eines Wahlscheines (Stimmscheines) sind.

Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, nimmt einen abgestempelten Umschlag und einen Einheitsstimmzettel aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in der Nähe des Zugangs zu dem Nebentisch aufgestellt hat. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, um dort seinen Stimmzettel in den Umschlag zu stecken. Er tritt alsdann an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald sein Name in der Bürgerliste aufgefunden ist, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Brockau, den 24. April 1924.

Der Gemeindevorsteher
Dr. Pause.

Lobe-Theater.

Sonnabend, Montag bis Freitag 8 Uhr:
„Fest der Handwerker“ u. „Paris in Pommern“.
Sonntag 8 Uhr:
Lustiger „Thoma-Abend“.

Thalia-Theater.

Sonnabend zum 1. Male und Sonntag 8 Uhr:
„Luderchen“.
Montag bis Freitag 8 Uhr:
„Sommernachtstraum“.

Schauspielhaus.

Sonnabend 8 Uhr:
Gastspiel **Edith Karin**
„Katja, die Tänzerin“.
Sonntag 8 Uhr:
„Die Ballkönigin“.
Sonntag vorm. 11½ Uhr:
Konzert Leo Slezak.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
„Mädi“.
Montag und Dienstag 8 Uhr:
Gastspiel **Leo Slezak** u. **Margarete Sims**
„Die Fledermaus“.

Liebich-Theater.

Täglich 8 Uhr:
Die große Schlager-Operette
„Dolly“
von Hugo Hirsch.
In den Hauptrollen: Molly Wessely, Helma Varnay, Lotte Andresen, Fritz Spira, Alb. Krafft-Lortzing, Hermann Böttcher, Walter Leopold.

Schauburg
Viktoria-Theater.
Neue Taschenstrasse 30/33.

Täglich abends 8 Uhr
Grosse
Operetten-Revue
mit ersten Kräften
und grossartiger Ausstattung.

Brockauer Lichtspielhaus

Sonntag und Montag:
Dauerprogramm in 14 Akten
Eddie Polos Abenteuer
I. Teil: Das Opfer der Piraten
6 Akte.
II. Teil: Das Siegel des Teufels.
6 Akte.
Ferner: **Drüber und Drunter.**
Amerikanischer Humor in 2 Akten.
Sonntag, 2½ Uhr: **Jugendvorstellung**

Hielscher's „Volksgarten“.

Sonntag, den 11. Mai 1924,
abends 6 Uhr:
Aufführung
des
Theatervereins Venus-Breslau
Singvögelchen.
Posse mit Gesang.
Zum Schluß: Tanz.
Diverse Ueberraschungen.
Es ladet ein **Der Vorstand.**

Café Prescher.

Jeden Sonntag
von 11 bis 1 Uhr:
Frühschoppen-Konzert.
Es ladet ergebenst ein **Curt Prescher.**
Telefon: Ohle 26 36.

Adler's Likörstuben

Bahnhofstraße 5.
Täglich: **Eisbein-Essen**
Es ladet ein Oskar Lisson.

Dr. Thompsons Seifenpulver
(Marke Schwan) das Paket 30 Pf.

Gold-Füllhalter erstes Fabrikat, Stück 5,50 und 10 Mark. Galolit, Drehbleistifte für d. eleg. Welt bei Dodeck, Brockau.

Zur Bestattung sofort Geld verfügbar

Wert-beständig!

Deutscher Begräbnis-Versicherungs-Verein

Kostenlose Bestattung der Mitglieder bei n Todesfalle in jedem Ort

Deutscher Begräbnis-Versicherungs-Verein
(Sitz Berlin).
Unter Reichsaufsicht.

Beitrittsalter: 7—85 Jahre. Keine ärztliche Untersuchung. Bei Todesfall, selbst schon 1 Tag nach Zahlung der 1. Prämie. — Gesamtversicherungssumme zur Bestattung sofort verfügbar. Versicherung von 30—1000 Goldmark. Bei Zusammenschluß mehrerer Personen (von 3 Personen an) Prämienermäßigung — bei großen Verbänden, Vereinen etc. ganz außerordentliche Prämienverbilligung.

C. Heymann,

Beerdigungsanstalt. Eigener großer Fuhrpark.
Breslau VIII
Klosterstrasse 95/97. Telefon: Ring 170.
Vertreter am Platze.
Versicherungen nimmt jeder Zeit entgegen
G. Weigelt, Hauptstrasse 22 part.

Spezial-Haus für Herren-Stoffe, Damen-Stoffe, Kleider-Stoffe

Hermann Krzesny,
Breslau, Ohlauerstraße 64/65
am Christophoriplatz

Noppen	mod. Dessins. pa. Qual., 140—145 cm breit, von	2.85 an
Kammgarn	f. d. verwöhntesten Geschmack, grosse Ausmusterung von	13.50 an
Gabardine	130 cm breit, reine Wolle, von	5.90 an
Popeline	105 cm breit, reine Wolle von	3.90 an

Große Auswahl. Täglicher Eingang von Neuheiten. Billige Preise.

Billige Möbel!

Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen in allen Grössen
Schränke — Vertikos
Bettstellen (komplett)
sowie alle Arten Möbel
liefert direkt an Private zu bekannt billigen Preisen
Möbelversandhaus
Joh. Botta, Breslau, **Bismarckstr. 20** (Odertor)
Kein Laden, Fabrikhaus. (Teilzahlung gestattet.)

Pfarramtliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst in Brockau.

Sonntag, den 4. Mai.
7 Uhr: hl. Messe, 9¼ Uhr: Predigt und Hochamt.
Abends ½8 Uhr: Mai-Andacht.
Wochentags 6 und ¼7 Uhr: hl. Messe.
Dienstag und Freitag ½8 Uhr: Mai-Andacht.

Evangelischer Gottesdienst in Brockau.

Sonntag, den 4. Mai.
Vorm. 9½ Uhr: Hauptgottesdienst, anschl. Beichte u. Abendmahl. Vikar Kleinod.
11 Uhr: Taufen. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst.
Abends 7 Uhr: Gemeinschaftsstunde im Kirchanbau.
Alle Gemeindemitglieder sind freundlichst eingeladen.
Aeltester Ullrich.

Freie evangelische Gemeinde Brockau
(Güntherstraße 21)

Sonnabend, den 3. Mai.
Abends 8 Uhr: Gemeindestunde nur für Mitglieder.
Sonntag, den 4. Mai.
Vorm. 9½ Uhr: Morgenandacht anschl. Brotbrechen.
11 Uhr: Sonntagschule. Pred. Kuwatsch.
Nachm. 3 Uhr: Versammlung für junge Männer und Mädchen.
Abends 8 Uhr: Oeffentl. Vortrag für jedermann. Pred. Kuwatsch.
Mittwoch, den 7. Mai.
Abends 8 Uhr: Gebetsstunde für Mitglieder des Jugendvereins.
Donnerstag, den 8. Mai.
Abends 8 Uhr: Bibel- u. Gebetsstunde.
Prediger Kuwatsch.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich des Hinscheidens unserer teuren Entschlafenen sagen wir hiermit Allen, ganz besonders Herrn Kaplan Scholz für seine Trostrede unseren tiefgefühltesten Dank.

Brockau, den 2. Mai 1924

Im Namen der Hinterbliebenen
Josef Rudolf.

Achtung!

Mitglieder der Rothenburger Versicherung!

Die Umstellung Ihrer Versicherungen in **Goldmark** ist durchgeführt.
Weitere Auskunft erteilt
Herr Zugführer **Kammler,**
Grosse Koloniestrasse 5,
bei dem die Prämien jetzt wieder, wie früher, gegen Quittung gezahlt werden.
Letzter Zahlungstermin 10 Mai!

Wo kaufe ich vorteilhaft?
Wo lasse ich mein **Fahrrad reparieren?**
Nur bei einem wirklichen **Fachmann**
mit eigener, wirklich fachmännischer Werkstatt.
L. Gluth, Fahrrad-mechanikermeister, **Breslau,**
Neumarkt 13, Ecke Breitestraße.
Telefon: Ring 3587.
Großes Lager in Fahrrädern und Ersatzteilen.

Lyra-Fahrräder
Bekannt durch Güte u. Preiswürdigkeit.
Sportartikel, Waffen, Uhren, Musik- u. Stahlwaren usw. billigst.
Katalog mit Bedingung. für Preisausschreiben gegen Einsendung von 25 Pfg. in Marken.
HERMANN KLAASSEN A.G.
PRENZLAU
Viele wertvolle Preise im Verteilungsplan.

Wo kauft man am billigsten Schallplatten?
im Spezial-Geschäft
Bergmann, Karlsplatz I II. Etg.
Tausch-Zentrale.

Nähmaschinen

empfiehlt
bei weitgehendster Zahlungserleichterung
Alfred Schlesinger, BRESLAU, Schmiedebrücke 29a.

Hühneraugen beseitigt sicher das Radikalmittel **Lebewohl**
Hornhaut a. d. Fußsohle verschwindet durch
Lebewohl-Ballen-Scheiben.
Kein Vertuschen, kein Festkleben am Strumpf.
In Drogerien und Apotheken.
Gustav Konczak Drogerie zum Becher.

amtliche Tätigkeit in schwerster Zeit. Schöffe Eichner betonte, daß die scheidende Gemeindevertretung in seltener Einmütigkeit mit dem Gemeindevorsteher ohne Ansehen der Partei und Religionsangehörigkeit zum Segen des Vorortes Brockau gearbeitet habe und dankte dem Gemeindevorsteher für die gewissenhafte Amtsführung. Zeitungsverleger Dodeck als Vertreter der Presse wies darauf hin, daß er erst vor kurzem in der Presse zum Ausdruck gebracht habe, daß Dr. Pause mit dieser Gemeindevertretung aus dem Sumpfe der Inflation den Sieg zur geordneten Wirtschaft erkämpft habe und daß kein Schmutz, keine Vorwürfe die scheidenden Männer treffen kann.

Nach einer kurzen persönlichen Aussprache, schloß der Gemeindevorsteher um 4¼ Uhr die letzte Amtshandlung der scheidenden Gemeindevertretung. Dodeck.

Sport am Sonntag.

S. C. „Sturm" Brockau.

Am Sonntag, den 4. Mai 1924 treffen sich zum Verbandsspiel Sturm Liga und Minerva Liga nachmittags 4 Uhr in Benkwitz. Da Minerva in letzter Zeit sich gut emporgearbeitet hat und Sturm an Spielstärke zugenommen hat, wird guter Sport geboten werden. Handelt es sich doch um das vorletzte Verbandsspiel, so werden beide Mannschaften alles aus sich herausgeben, um die wertvollen Punkte einzustreichen. Für jeden sportsliebenden Brockauer muß also am Sonntag die Parole heißen: Auf nach Benkwitz zum Kampf Sturm Liga — Minerva Liga. Eintrittspreise wie üblich. Stiller

Turnen.

Das am Sonntag, den 27. April auf dem Spielplatz des T. V. Vorwärts an der Menzelstraße gegen den Platzbesitzer ausgetragene Freundschaftsspiel im Handball entschied die zweite Jugend des T. V. Friesen mit 3 : 2 zu ihren Gunsten. Am kommenden Sonntag, 4. Mai, empfängt die 1. Jugend des T. V. Friesen die gleiche Mannschaft des T. V. Vorwärts zum Freundschaftsspiel. Dieses steigt um 3 Uhr nachmittags auf dem Turnplatze.

---

* **[Voraussichtliches Wetter.]** Sonntag: Etwas wärmer, wechselnde Bewölkung, etwas Niederschläge. — Montag: Ziemlich trüb, zeitweise Niederschläge, Temperatur wenig verändert.

§ **[Pflichtfeuerwehr.]** Im Monat Mai haben die in der Liste eingetragenen Feuerlöschpflichtigen mit den Nummern 545—680 Dienst. Die Uebung der Pflichtfeuerwehr findet Donnerstag, den 8. Mai, abends 6 Uhr, statt. Sammelplatz: Platz vor dem Spritzenhause. Falls die Fehlenden nicht innerhalb 3 Tagen durch triftige Gründe ihre Unabkömmlichkeit nachgewiesen haben, werden dieselben zur Bestrafung angezeigt werden.

* **[Zur Gemeindewahl.]** Wir weisen darauf hin, daß in den den Wahllokalen 2 Zellen aufgestellt sind, eine für die Reichstagswahl, eine für die Gemeindewahl. In der Nähe jeder Zelle sitzt ein Wahlbeisitzer, der den Wählern Umschlag und Stimmzettel gibt.

* **[Einführung des kathol. Ortspfarrers.]** Am Mittwoch, den 30. April, fand die Einführung des neuen kath. Orts-Pfarrers, Herrn Felix Hasse aus Stettin statt. Die Feier begann mit einer Begrüßung des aus Tschansch eingeholten hochw. Herrn am Eingang des Ortes, woselbst der Kirchen-Vorstand, Abordnungen der hiesigen katholischen, sowie 2er Stettiner Vereine und der Kirchenchor Aufstellung genommen hatten. Amts- und Gemeindevorsteher Dr. Pause sprach nach dem Vortrag der Beethoven'schen Hymne „Die Himmel rühmen" warme Worte der Begrüßung namens der politischen Gemeinde Brockau. Hierauf setzte sich der Zug unter Glockengeläut nach dem Kirchplatz in Bewegung. Daselbst bildeten die Schulkinder, die Mitglieder der kath. Vereine und eine stattliche Menge von Gläubigen Spalier. Nach einer Ansprache durch Herrn Kaplan Scholz erfolgte die Übergabe der Kirchenschlüssel, und unter brausendem Orgelklang hielten Geistlichkeit und Gemeinde Einzug in das festlich geschmückte Gotteshaus. Nach Verlesung des Anstellungs-Dekrets leistete der Neueingeführte vor dem fürstbischöflichen Bevollmächtigten Herrn Erzpriester und Kanonikus Ziegan das Glaubensbekenntnis und den vorgeschriebenen Amtseid. Letztgenannter geistl. Würdenträger richtete sodann an die Gemeinde sowohl, wie an deren neuen Seelsorger herzliche Worte der Begrüßung und Ermahnung, bei welcher Gelegenheit er auch des von uns geschiedenen früheren Pfarrers, Herrn Dr. Schmidt, rühmend gedachte. Sodann bestieg Herr Pfarrer Hasse die Kanzel, um seinerseits die neue Gemeinde zu begrüßen und seine zukünftige Tätigkeit als ein Werk des Friedens zu kennzeichnen. Nunmehr folgte ein feierliches Hochamt mit Assistenz, zu dem der Chor die Brosigsche F-moll-Messe und ein Offertorium von M. Schnabel aufführte. Tedeum und hl. Segen beschlossen die erhabene kirchliche Feier. Hierauf folgte in feierlichem Zuge der Gang zum Pfarrhause. Vor dem Eingange desselben sprachen: Herr Rittmeister Walter namens des Kirchen Vorstandes, Herr Lehrer Nentwich als Vorsitzender der Kirch-Gemeinde-Vertretung, Herr Rektor Schnabel in seiner 3-fachen Eigenschaft als Leiter der Kath. Volksschule, stellv. Vorsitzender des Kath. Männer-Vereins und Leiter des Kirchenchores, Herr Pastor Menzke im Namen der evgl. Bevölkerung Brockaus und Herr Mittelschul-Rektor Michler im Auftrage der kath. Schüler und Lehrer seiner Anstalt. Alsdann überreichte ein Mitglied des Jungfrauen-Vereins mit sonnigen Worten den Schlüssel zur Pfarrei. Hier weilten die Vertreter der einzelnen Körperschaften, die erschienene Geistlichkeit und die Stettiner Teilnehmer noch einige Zeit als Gäste des neuen Herrn Pfarrers, wobei recht deutlich die treue Anhänglichkeit seiner früheren Gemeinde-Mitglieder, andererseits aber wiederum deren Freude über den festlichen Empfang und das allseitig gezeigte, treuherzige Entgegenkommen der neuen Gemeinde zum Ausdruck kam.

* **[Evgl. Frauenhilfe]** Mittwoch, den 7. Mai, abends 7 Uhr, findet im kleinen Hielscherssaale musikalischer Kaffee statt. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

* **[Theater-Aufführung.]** Die für den 4. Mai geplante Singspiel-Aufführung des Breslauer Theater-Vereins „Venus" ist auf Sonntag, den 11. Mai verlegt. Wir verweisen auf die heutige Anzeige.

* **[Achtung! Vereins-Vorstände!]** Wir bitten die Pauschalen zu erledigen, wo sie noch nicht bezahlt sind.

* **Zentrums-Partei.]** Am 1. Mai, abends 8 Uhr, hielt die Ortsgruppe des Zentrums-Vereins in Mendes Saal eine geschlossene Versammlung ab. Als Redner hatte man Herrn Stadtverordneten Manderscheid aus Breslau gewonnen. Derselbe zeigte in äußerst fesselnder und zugleich volkstümlicher Weise, daß die Zentrumspartei allzeit die Eigenschaften besessen hat und auch in Zukunft treu wahren wird, die man von einer zuverlässigen Vertretung im Parlament verlangen muß: Ordnungsliebe, Opfergeist, Gerechtigkeit und Wahrung des religiösen Standpunktes. In letzter Beziehung sei sie überdies die einzigen, welche den christlichen Gedanken, und zwar nicht bloß den katholischen, wie ihr vielfach zum Vorwurf gemacht wird, vertritt. Der Ortsvorsitzende gab hierauf noch einige praktische Winke für die Ausübung des Wahlrechts. Der Kassierer erinnerte daran, daß auch die Wahlen der finanziellen Unterstützung bedürfen und bat um freiwillige Unterstützung der Partei in dieser Hinsicht. Gegen ½11 Uhr endete die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung.

* **[Die Deutsche Volks-Partei]** hält am Sonnabend den 3. Mai, 7½ Uhr abends, in Baum's Lokal eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Frhr. von Rheinhaben über das Thema „Warum Deutsche Volkspartei?" spricht.

[Kleintierzüchter-Verein St. Br.] Am 27. April wurde für den scheidenden Vorsitzenden Herrn Inspektor Goede Zugführer Herr Alder zum ersten Vorsitzenden gewählt.

* **[Erster Brockauer Radfahrer-Verein 1911 e. V.]** Sonntag, den 4. März, nachm. 3 Uhr, Ausfahrt nach Kattern, Schmartsch mit Endstation Benkwitz bei Kamerad Ziegler. Rege Beteiligung ist erwünscht.

* **[Turnverein Friesen.]** Sonntag, den 4. Mai, vormittags 9 Uhr, Vorstandssitzung beim Kassenwart. 11—12 Uhr, Handballübung für Turnerinnen.

* **[Verein ehemaliger Artilleristen.]** Sonnabend, den 3. Mai, findet in Mendes Ballhaus ein Maikränzchen statt, wozu alle Kameraden mit ihren werten Angehörigen freundlichst eingeladen werden. Einladungskarten sind bei den Mitgliedern zu haben. Auch wird auf die Hauptversammlung am Dienstag, den 6. Mai im Vereinslokal hingewiesen. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht jedes Kameradens.

* **[Verein ehem. Kavalleristen.]** Die Versammlung am Dienstag, den 6. Mai fällt aus.

* **[Evangelischer Jungmänner-Bund.]** Sonnabend, abends ½8 Uhr Monatsversammlung im Kirchanbau. Da die Tagesordnung wichtige Punkte umfaßt, ist zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Hierzu sind Gäste herzlichstwillkommen.

Von den Breslauer Theatern.

Liebich-Theater.

Dolly

mit **Molly Wessely.**

Was Dr. Zickel mit seinen Operettengastspielen, mit seinem Star Molly Wessely bedeutet, bewies am Donnerstag das ausverkaufte überfüllte Haus. Und sie — die Molly als Dolly — siegte auf der ganzen Linie durch ihre bubihafte Zuckrigkeit, Keßheit und Koketterie. Dolly reißt der Mutter aus, um den vor 15 Jahren geschiedenen Vater zu suchen, findet einen Dollarianer vor, der Vaters Schloß gekauft, und hält ihn für ihren Vater. Zum Schluß bilden beide das geordnete Verhältnis. Um diese kolossale Handlung der Herren Bach und Bernauer flirten eine fesche Operettensängerin, ein Chor anziehender, wenig angezogener Lebedamen, ein enthronter, klappriger Fürst, ein schlichterner Liebhaber, der sich zum Schwerenöter auswächst und die Mama. Der Hauskomponist Hugo Hirsch hat die prickelnde Musik dazu geschrieben, deren Schlagertexte in den Pausen gleich frisch vom Publikum verzapft wurden. Die Soubrette Helma Barnay verfügt über eine gut geschulte Stimme und über eine elegante Erscheinung, bei der die hübschen Beine bestimmt eine hervorragende Rolle spielen, wie sie davon überzeugend singt. Lotte Andresen ist die Mutter und der Teufel hole den geschiedenen Luftikus alias Leopold guten Angedenkens, wenn er sich nicht versöhnt hätte. Der richtige Partner zur Dolly ist Herr Spira, einer unserer famosesten singenden Bonvivants. Den etwas mitgenommenen, hin und wieder durch Erotica-Pillen aufgefrischten Fürsten spielte Hermann Böttcher von Witte-Wilds Breslauer Zeiten ausgezeichnet, nie in das operettenfürstlichtrottelhafte Gebahren verfallend. Krafft-Lortzing, der schüchterne, werdende Lebemann paßt sich gut in das Ensemble ein und hat sehr gefallen. Seine Name löst Erinnerungen an einen famosen Kapellmeister aus, der 1895 oder 1896 im damaligen Breslauer Residenztheater den Operettendirigentenstab schwang und mit dem Schreiber dieser Zeilen manchen Schoppen getrunken hat. Mir ist's als sei er jüngst in Linz gestorben. Muß also ein Verwandter sein, der Name ist zu selten. Originell war der Rechtsanwalt des Herrn Binder, der nur mit Tipp-Bewegungen sprechen kann. Nach dem zweiten Akte verwandelt sich die Bühne in einen Blumenhain und Darsteller, Direktor Dr. Zickel, Komponist und der sicher dirigierende Kapellmeister Wappaus durften den stürmischen Applaus und die duftenden Spenden (Spira schien außerdem materialistisch bedacht zu sein) entgegennehmen. Mit Dolly und diesem Ensemble wird Dr. Martin Zickel schmunzelnd Bilanz ziehen können. Dodeck.

Hinweis. Der Gesamt-Auflage unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Deutschen Volkspartei bei.

Nah und Fern.

○ **Opfer der Maifeier.** Die Maikundgebungen haben, wie jetzt bekannt wird, nicht bloß in Königsberg i. Pr., sondern auch in Hindenburg Todesopfer gefordert: hier wurden bei einem Zusammenstoß von Demonstranten und Polizisten drei Personen getötet und vier verletzt. Aus der Menge heraus soll zuerst geschossen worden sein. Der Anführer der Schießbolde wurde festgenommen. Zu kleineren Zusammenstößen kam es bei Beuthen, wo die Polizei einen Demonstrationszug durch Schreckschüsse zerstreute. In Gera endete die Maifeier gleichfalls mit Unruhen. Eine große Anzahl Personen, darunter sieben Polizeibeamte, wurde verletzt. Aus dem Auslande wird, mit Ausnahme von Athen, wo es zu Ausschreitungen kam, ein ruhiger Verlauf der Maifeier gemeldet.

○ **„Columbus" in Newyork eingetroffen.** Der Dampfer „Columbus" ist nach einer beim Norddeutschen Lloyd eingegangenen telegraphischen Meldung am 30. April, 7 Uhr abends, in Newyork eingetroffen. Trotz teilweise stürmischer Gegenwinde ist die Fahrt dieses größten deutschen Handelsdampfers zu voller Zufriedenheit verlaufen. Das Schiff legte die Reise in etwa acht Tagen zurück.

○ **Beileidstelegramm des früheren Kaisers an Frau Dr. Helfferich.** Wilhelm II. hat an Frau Dr. Helfferich anläßlich des tragischen Todes ihres Gatten ein Beileidstelegramm gerichtet. Es heißt darin: „Vorbildlich stellte der allzu früh Heimgegangene sein reiches, umfassendes Wissen, seinen klaren scharfen Blick und seinen zähen Willen in den Dienst des Vaterlandes, dessen Befreiung von Schuldlüge, Versailler Diktat und unerträglicher Fremdherrschaft, dessen Wiederaufrichtung in nationaler Freiheit und Selbstbestimmung ihm heilige Lebensaufgabe war. Unsere Verehrung und Dankbarkeit für seine bis in den Tod bewährte opferfreudige Treue ist diesem kerndeutschen Mann für alle Zeit gewiß. Gott stärke Sie in Ihrem herben Schmerz und schütze Sie mit Ihrem Sohn, meinem lieben Patenkinde."

○ **Tod eines hervorragenden Juristen.** Die Berliner Universität hat den Verlust eines ihrer ausgezeichnetsten Lehrer zu beklagen: Prof. Dr. Emil Seckel, Ordinarius des römischen Rechts und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, ist im 61. Lebensjahre in einem Sanatorium im Schwarzwald gestorben. Seckel war als Rechtshistoriker weit über Deutschlands Grenzen bekannt. 1920/21 stand er als Rektor an der Spitze der Universität.

○ **Ein Auto vom Zuge zertrümmert.** Zwischen den Eisenbahnstationen Possenhofen und Starnberg wurde von einem Zuge ein Auto überfahren; die beiden Insassen, der Architekt Hatzl aus Feldafing und seine Frau wurden schwer verletzt. Das Auto wurde zertrümmert. Das Unglück wurde dadurch herbeigeführt, daß die Schranke des Überganges nicht geschlossen war.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten.

Auflösung des Reichsministeriums für Wiederaufbau.

Berlin, 1. Mai. Auf Beschluß des Reichskabinetts gelangt nunmehr das Reichsministerium für Wiederaufbau zur Auflösung. Die Fortführung der bisher in diesem Ressort erledigten Arbeiten ist vom Reichsfinanzministerium übernommen worden. Aus diesem Anlaß scheidet der Staatssekretär Dr. Ing. e. h. Gustav Müller aus dem Reichsdienst aus, in dem er 28 Jahre auf wirtschaftlichen und handelspolitischen Gebieten in den verschiedensten Stellungen tätig gewesen ist.

Kein weiteres Opfer der Bellinzona-Katastrophe.

Berlin, 1. Mai. Die Nachricht, daß Generallandschaftsrat v. Enckevort-Warsin ein Opfer der Eisenbahnkatastrophe in Bellinzona geworden sei, ist unrichtig. Herr von Enckevort befand sich auf der Reise von Venedig nach Wien und ist unterwegs in Bruck verstorben.

Ermäßigung der Hochschulgebühren.

Berlin, 1. Mai. Das preußische Kultusministerium hat die für den Erlaß der Hochschulgebühren zur Verfügung stehenden Mittel erhöht, so daß in diesem Semester 20 % aller Studierenden von den Gebühren ganz oder 40 % zur Hälfte von den Gebühren befreit werden können. Gleichzeitig ist angeordnet worden, daß die Hochschulgebühren an den Universitäten in zwei Raten und an den Technischen Hochschulen eventuell in drei Raten bezahlt werden können.

Durch Franzosen ausgewiesen und verhaftet.

Berlin, 1. Mai. Anknüpfend an die Angaben über die Ausgewiesenen und Inhaftierten an Rhein und Ruhr im englischen Unterhause, die nicht zutreffen, wird von deutscher amtlicher Seite festgestellt, daß nach den letzten deutschen Feststellungen die Zahl der Ausgewiesenen aus dem gesamten besetzen Gebiete noch immer rund 140 000 beträgt. In den Gefängnissen des besetzten Gebietes befinden sich auf Grund von Anordnungen der französischen und belgischen Militärgerichtsbarkeit ungefähr 1700 Deutsche in Straf- und Untersuchungshaft. In Gefangenenanstalten Frankreichs und Belgiens sind im ganzen 54 Deutsche verschleppt worden.

Die deutschen Eisenbahnsachverständigen in Paris.

Berlin, 1. Mai. Die deutschen Sachverständigen für das von der Reparationskommission zu errichtende Komitee für Eisenbahnfragen, Staatssekretär Vogt vom Reichsverkehrsministerium und Staatssekretär Bergmann, sind bereits in Paris eingetroffen.

Die Hallenser Veranstaltung.

Berlin, 1. Mai. Die preußische Regierung beschäftigt sich mit der von verschiedenen Parteien beabsichtigten großen Kundgebung in Halle a. S. bei der Einweihung des Moltkedenkmals und beabsichtigt, sich mit den Reichsbehörden in Verbindung zu setzen zur Einleitung von Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit am 11. Mai. Es soll angeblich nicht unwahrscheinlich sein, daß die Regierung zu einem Verbot oder zu einer wesentlichen Einschränkung der Hallenser Veranstaltung kommen wird.

Wieder ein französisches Kriegsgerichtsurteil.

München, 1. Mai. Vor dem französischen Militärgerichtshof in Bonn ist gegen den Oberspielleiter des Münchener Staatstheaters, Fritz Basil, verhandelt worden, erstens wegen Fehlens der Einreiseerlaubnis, zweitens wegen Verbreitung besatzungsfeindlicher Schriften und drittens wegen Zugehörigkeit zum Stahlhelmbund. Das Urteil lautete auf drei Monate zwei Wochen Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Ludendorff geht doch in den Reichstag.

München, 1. Mai. General Ludendorff ersucht um Verbreitung folgender Erklärung: Die Nachricht der Presse, daß ich im Falle meiner Wahl zum Reichstag mein Mandat alsbald nach erfolgter Wahl niederlegen würde, ist unrichtig.

Der neue dänische Gesandte in Berlin.

Kopenhagen, 1. Mai. „Politiken" meldet daß Kammerherr Herluf Zahle, der dänische Gesandte in Stockholm, zum Gesandten in Berlin ernannt ist. Erik Scavenius, der frühere Minister des Äußeren, soll Zahles Nachfolger in Stockholm werden.

Deutscher Steuereinbezieher in Schweden verhaftet.

Stockholm, 1. Mai. In dem bekannten schwedischen Badeorte Saltsjöbaden bei Stockholm ist der deutsche Kaufmann Eisenschmidt auf Antrag der deutschen Behörden verhaftet worden, der „hinreichend verdächtig erscheint, in der Absicht, sich auf ungesetzliche Weise einen wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen, dem deutschen Steuerfiskus einen Vermögensverlust von 60 000 Goldmark zugefügt haben".

Botschafterkonferenz und Militärkontrolle.

Paris, 1. Mai. Havas veröffentlicht folgendes Communiqué: Die Botschafterkonferenz hat sich in einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung mit laufenden Angelegenheiten sowie mit der Antwort beschäftigt, die demnächst Deutschland in der Frage der interalliierten Militärkontrolle erteilt werden soll. Diese Note wird nicht vor nächster Woche nach Berlin abgehen können.

Sie ersparen
die Reise nach Breslau
wenn Sie unsere
enorm billigen Preise bis zur Eröffnung unseres Geschäfts in den nächsten Tagen abwarten.
Reiche Auswahl! Reelle Ware!
Billigste Preise!
Breslauer
Strumpf-Wäsche-Haus,
Brockau, Bahnhofstrasse 7.

Gemeindewahl!

Demokraten

wählt

die Wirtschafts-Liste

Dodeck, Wolff, Reinhardt.

Der Vorstand
der Deutsch-Demokratischen Partei.

Mitglieder des Mietervereins

wählt die Liste

Dodeck!

(Wirtschafts-Vereinigung.)

Der Vorstand.

Ein
Kinderwagen
zu verkaufen.
Wo? sagt die Zeitung.

Gelegenheitskauf!
1 Revolver
mit Munition billig zu verkaufen. Zuschrift. mit Aufschrift „Revolver" an d. Geschäftsst. d. Ztg. erbet.

Gründlicher und billiger
Klavier-unterricht
wird erteilt. Wo? sagt die Exped. der Zeitung.

Zähne
Plomben
von 3 Mark an.
Dentist **Schade,**
Bahnhofstraße 7.
Sprechstunden
jetzt täglich
Nachm. v. 1–5 Uhr.

Möbel
auf Teilzahlung
und gegen bar.
S. Osswald,
Breslau,
Albrechtstr. 6, I., II., III.
Eingang Schuhbrücke

Möbel
Schränke / Vertikows
Betten / Küchen
Sofas / Chaiselongues
sowie komplette
Einrichtungen
billig und gut
H. Feige
Breslau,
langjährig
bei Nawrath und Co.
jetzt Neumarkt 12 I.

Wählt

die

Deutsch-völkische Freiheitspartei

Ludendorff!

Zugführer Hoffmann,
Vorsitzender.

Noch ist es Zeit!

Stoffe billig einzukaufen. Seit zirka 4 Wochen haben die Fabrikanten die Preise um 35–50% erhöht. Günstige Dispositionen gestatten es mir, noch immer zu den alten billigen Preisen zu verkaufen.

Wer schnell kauft, spart viel!

TUCH Lager Carl KORTE

Herrenstrasse 7, Vorwerkstrasse 43,
Poststrasse 3, Tauentzienstrasse 2,
Matthiasstrasse 62.

Am 2. Mai verschied nach schwerem Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwiegertochter und Schwägerin

Elfriede Kentschke

im Alter von 28½ Jahren.

Im tiefsten Schmerz zeigt dies an

Paul Kentschke
und Kinder.

Die Beerdigung findet Montag, den 5. Mai, nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt.

Familien-Anzeigen gehören in die „Brockauer Zeitung!

Bekanntmachung.

„Der Bau- und Spar-Verein Brockau hat von hier die Erlaubnis zur Aufstellung eines Bauzaunes auf seinem Baugelände an der hiesigen Breslauerstraße erhalten. Der Privatweg, der von der Breslauerstraße an der Grenze des Hauses Nr. 8a zum Platz am Spritzenhause führt, wird geschlossen.

Brockau, den 2. Mai 1924.

Der Amtsvorsteher
Dr. Pause.

Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.

Jeden Dienstag, erstmalig am 6. Mai 1924, mittags von 12–1 Uhr, finden im hiesigen Rathaus, Zimmer Nr. 1 durch Herrn Berufsberater Wieierzyk vom Landratsamt Breslau, Berufsberatungen und Lehrstellenvermittlung statt.

Die Berufsberatung ist auf alle Berufe ausgedehnt und umfaßt sowohl die schulentlassene Jugend wie ältere Personen, welche ihren Beruf aus irgend einem Grunde nachholen wollen. Die häufige Inanspruchnahme der Beratung wird dringend empfohlen.

Die hiesigen Gewerbetreibenden werden ersucht, offene Stellen im hiesigen Rathaus zur Anmeldung zu bringen.

Brockau, den 30. April

Der Gemeindevorsteher.
Dr. Pause.

Welcher Gruppe gebe ich bei der Gemeindewahl meine Stimme?

Der unpolitischen Gruppe

Dodeck! (Wirtschafts-Vereinigung.)

1. Dodeck, Ernst, Zeitungsverleger, Bahnhofstraße 12.
2. Wolff, Reinhold, Lokomotivführer, Lieresstraße 3.
3. Reinhard, Wilhelm, Ingenier, Hauptstraße 8,
4. Lutz, Heinrich, Eisenbahn-Sekretär, Hauptstraße 8a.
5. Else Adolf, Genossenschaftsverwalter, Gr. Koloniestr. 8.
6. Grell, Rudolf, Ref.-Lokomotivführer, Breslauerstraße 2.
7. Kern, Wilhelm, Oberschaffner, Güntherstraße 2.
8. Kirsch, Richard, Konrektor, Große Koloniestraße 8.
9. Böhm, Bruno, Klempnermeister, Gr. Koloniestraße 3b.
10. Sandeck, Adolf, Lokomotivführer, Breslauerstraße 7.
11. Müller, Richard, Lokomotivführer a. D., Gr. Koloniestr. 4.
12. Perschke, Hans, Obersteuerinspektor, Schulstraße 1.

Sie

will nur Arbeit für die Allgemeinheit und kennt keine Phrasen,
stellt das Wohl der Gemeinde Brockau vor jede politische Form,
hat Achtung vor der Ueberzeugung der Anderen und reicht diesen die Hand zu gemeinsamer Arbeit für die Gemeinde Brockau.

Ihr gehört Dein Stimmzettel!

Erscheint wöchentlich 3 mal | Fernsprecher Amt Ohle 7645 | Vierundzwanzigster Jahrgang

Brockauer Zeitung

Zeitung für den Landkreis Breslau

Amtliches Publikations-Organ für die Gemeinde und den Amtsbezirk Brockau, sowie die Gemeinden Groß- und Klein-Tschansch

Druck und Verlag von Ernst Dodeck, Brockau. Expedition Bahnhofstraße 12. — Postscheck-Konto Breslau 10795. — Inserate finden die beste und weiteste Verbreitung.

Nr. 54. | Bezugspreis vom 3. — 9. Mai 30 Goldpfennige. Monatlich 1,25 Goldmark, bei der Post 1,30 Goldmark. 7 gesp. Millimeterzeile 6 Goldpfennig, Auswärts 8 Goldpfennig, Heilmittel 12 Goldpfennig, Industrieanzeigen 20 Goldpfennig. | Brockau. Montag, den 5. Mai | Verantwortlich für die Redaktion Ernst Dodeck, Brockau, Bahnhofstraße 12. Sprechstunde täglich von 9 bis 10 Uhr, außer Sonn- und Feiertags. Bei Streiks oder Betriebsstörung kann der Bezieher Ersatzansprüche nicht erheben. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. | 1924

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, den vollen Monat zu beziehen u. etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen. Bezugsänderungen werden nur bis 28. jedes Monats in unserer Expedition angenommen.

Das Ergebnis der Gemeindewahl.

Die Wahlbeteiligung war eine allgemein rege. In der letzten Stunde drängten sich die Wahlpflichtigen, um ihren Stimmzettel abzugeben. Vor dem Wahllokal auf der Bahnhofstraße stauten sich in der 4. Nachmittagsstunde die Wähler bis auf die Straße. Im Ganzen wurden in Brockau für die Gemeindewahl

4071 Stimmen,

davon 52 ungültige, abgegeben. Etwa 80 Prozent der eingetragenen Wähler erschienen an der Wahlurne. Es entfielen auf die

Sozialdemokraten	925 Stimmen,	Deutschnationale	1536 Stimmen,
Zentrum	712 Stimmen,	Liste Dodeck	846 Stimmen.

Das Ergebnis der Reichstagswahl in Brockau

wurde durch **4198 gültige Stimmen** festgestellt und zwar erhielten

Sozialdemokraten	797 Stimmen,	Deutschnational	1727 Stimmen,
Demokraten	81 Stimmen,	Wirtschaftspartei	22 Stimmen,
Deutschsozial	122 Stimmen,	Deutsch-Völkisch	307 Stimmen,
Kommunisten	140 Stimmen,	Republikanische Partei	6 Stimmen,
Deutsche Volkspartei	283 Stimmen,	Nationalliberale	9 Stimmen,
		Zentrum	704 Stimmen.